:antifaschistische nachrichten

Nr. 2

g 3336 27.1.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Flick-Straße bleibt

SCHWANDORF. In der oberpfälzischen Stadt Schwandorf ist der Versuch gescheitert, die Friedrich-Flick-Straße umzubenennen. Der von der SPD in den Stadtrat eingebrachte Antrag bekam mit 15 gegen 15 Stimmen keine Mehrheit. Zuvor hatten die Anwohner des Stadtteils Fronberg mehrheitlich die von der „Projektgruppe Zwangsarbeit" geforderte Umbenennung ihrer Straße abgelehnt. Der Großindustrielle Flick (1883-1972) gehörte zu den frühen Finanziers von NSDAP und SS und profitierte im großen Maßstab durch Arisierungen, Kriegsrüstung und Zwangsarbeit. Ende 1947 zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, wurde Flick schon im August 1950 wieder amnestiert. „Alle seine heutigen Gegner zusammengenommen, darunter auch etliche, die das Arbeiten nicht erfunden haben, steuerten bei weitem nicht so viel für das Wiedererstarken Deutschlands nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs bei wie Friedrich Flick", kommentierte die „Deutsche Nationalzeitung" des ehemaligen DVU-Chefs Gerhard Frey die Entscheidung des Schwandorfer Stadtrates. *hma* ■

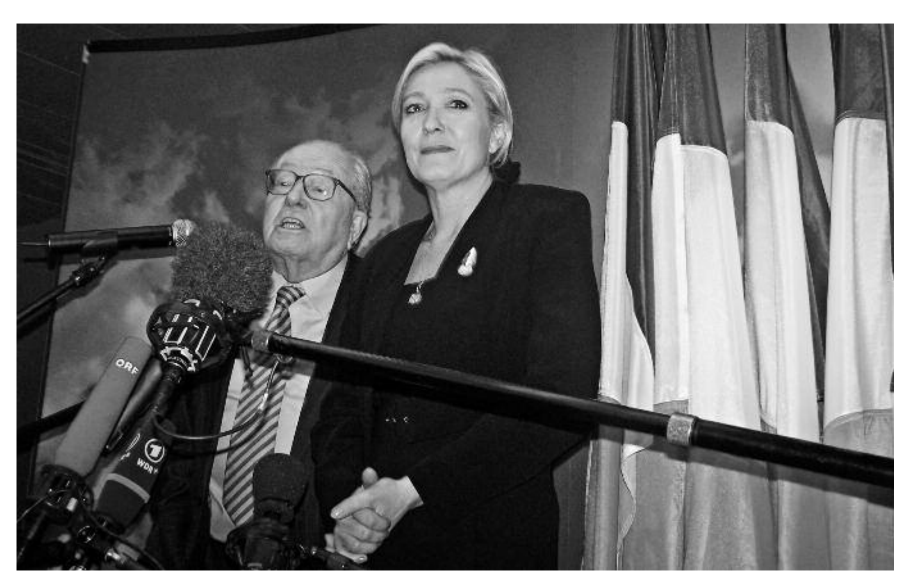
Sinto Zoni Weisz spricht bei Gedenkstunde im Bundestag

BERLIN. Bei der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag am 27. Januar 2011 wird der niederländische Sinto Zoni Weisz sprechen. Zum ersten Mal hält damit ein Vertreter der Sinti und Roma die zentrale Gedenkansprache und erinnert an den NS-Völkermord an der Minderheit. Zoni Weisz überlebte als einziger seiner Familie. Seine Eltern, seine beiden Schwestern, sein neun Monate alter Bruder und viele andere Verwandte wurden von den Nazis am 19. Mai 1944 nach Auschwitz deportiert und ermordet. Nach dem Krieg wurde Zoni Weisz einer der bekanntesten Vertreter der niederländischen Blumenindustrie und engagierte sich für die Bürgerrechte der niederländischen Sinti und Roma.

Quelle: http://www.sintiundroma.de ■

Aus dem Inhalt:

Gedenken am Ramazan Avci-Platz 7
Wenn Burschenschaften feiern 9



Der Front National nach dem Parteitag:

Neue Vorsitzende, doch (ur)alte Programmatik

Reportage vom Kongress des FN in Tours

56 Jahre in der ersten Reihe mit dabei – und kein bisschen weise geworden. Am vergangenen Samstag, den 15. Januar 11 hielt Jean-Marie Le Pen im zentralfranzösischen Tours seine lange erwartete Abschiedsrede als Vorsitzender des rechtsextremen Front National (FN). Diese Funktion legte er am Sonntag nieder, um sie an seine 42-jährige Tochter Marine Le Pen zu übergeben. Ihr Vater wird im Alter von 82 Jahren zwar noch nicht aufs Altenteil gehen, sondern als zukünftiger „Ehrenvorsitzender" der von ihm gegründeten Partei „automatisches Mitglied" in allen Führungsinstanzen bleiben. Dennoch steht er in Zukunft erstmals nicht mehr ganz vorne auf der Bühne der aktiven Politik.

Dort mischte er seit Januar 1956 mit. In jenem Monat war er, als damals jüngster Abgeordneter der Nationalversammlung, für die Liste der „Poujadisten" – einer kleinbürgerlichen Protestbewegung gegen Steuern und Sozialstaat, mit antisemitischen Untertönen – ins französische Parlament gewählt worden. Später führte er die Hardlinergruppen der nationalistischen Rechten während der Kolonialkriege, welche den Regierenden „Verrat" durch „Preisgabe" der sich befreienden Kolonien wie Algerien vorwarfen, an und bemühte sich um ihre Zusammenführung. Die angestrebte Bündelung der Kräfte gelang erstmals durch die Schaffung der „Nationalen Front für die französische Einheit", so lautet der volle Name des Front National, im Oktober 1972. Ihn wird künftig die jüngste seiner drei Töchter führen.

75 Minuten lang ließ Jean-Marie Le Pen vor einem voll besetzten Saal im Kongresszentrum von Tours, der in Emotionen ob des „historischen Augenblicks" schwelgte, die Stationen seiner politischen Karriere Revue passieren. Und er bereute nichts. Überhaupt nichts. Im Gegenteil: Seine umstrittensten Sprüche, antisemitischen Wortspiele, zu gerichtlichen Verurteilungen Anlass gebenden „Ausrutscher" verschwieg er nicht etwa. Vielmehr rief er sie wortgetreu im Einzelnen in Erinnerung. 1987: Jean-Marie Le Pen nennt die Frage der Existenz von Gaskammern einen „Detailpunkt in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs". 1988: Er nennt den ‚Durafour-crématoire' den Namen eines jüdischstämmigen Ministers in einem Atemzug mit dem Ausdruck „Verbrennungsofen" (four-crématoire). 1996 erklärt er gegenüber einem Journalisten: „Ja, ich glaube an die Ungleichheit der Rasse."

Alle diese Stationen ruft der scheidende FN-Vorsitzende eine nach der anderen selbst in Erinnerung – um darauf zu insistieren, immer wieder sei er das Opfer von

weiter auf Seite 5

Schulbetrieb geht weiter

Saarland. Das Verwaltungsgericht in Saarlouis hat entschieden, dass die beiden der „Priesterbruderschaft St. Pius" nahe stehenden Schulen in Saarbrücken vorerst weiter betrieben werden dürfen. Der Eilantrag stoppte damit das Begehren des saarländischen Bildungsministeriums, den Schulbetrieb zum 24. Januar einzustellen. Das Ministerium hat nun die Möglichkeit, eine Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht einzulegen. Unterdessen hetzt der umstrittene Bischof der Priesterbruderschaft, Richard Williamson, gegen das für Oktober geplante Assisi-Treffen von Papst Benedikt XVI. Unter der Überschrift „Assisi-ismo-NO" vermeldet Williamson per E-Mail, dass das Treffen eine Versöhnung mit den Piusbrüdern verhindere, und zitiert den Gründer der am rechten Rand angesiedelten Bruderschaft, Marcel Lefebvre, der die Theorie eines Beitrags der „großen Weltreligionen" zum Weltfrieden verwarf und die Durchführung der interreligiösen Treffen in Assisi als Verstoß gegen das erste Gebot bezeichnete. Unterstützung erhält der im vergangenen Jahr wegen „Volksverhetzung" verurteilte Bischof u.a. vom französischen Distriktoberen der Priesterbruderschaft, Pater Régis de Cacqueray. Dieser bezeichnet den interreligiösen Dialog als eine „verfluchte Versammlung". Wie könne man davon ausgehen, so der katholische Fundamentalist, „daß der Friede aus Gebeten hervorgeht, die zu Götzen gesprochen werden, die in Wahrheit Dämonen sind?"

hma ■

NPD zeigt Ausstellung

Bernburg. Bis zum 6. Februar will die neofaschistische NPD in ihrem Schulungszentrum in Bernburg eine Ausstellung des „Bund der Vertriebenen" (BDV) über die „Vertreibung der Deutschen" zeigen. Die „Mitteldeutsche Zeitung" berichtete, der Vorsitzende des örtlichen BDV-Kreisverbandes Dessau-Roßlau, Frank Nowak, habe die Schau jeder Partei im Land angeboten, aber nur die extreme Rechte habe Interesse gezeigt. Dass sein Verband nun in einem Zug mit Neofaschisten genannt werde, störe ihn nicht, denn die NPD sei ja schließlich eine zugelassene Partei. Der BDV-Bundesverband und die Vorsitzende des BDV-Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Elfriede Hofmann, distanzierten sich von dieser Kooperation. *hma* ■

„Die Freiheit" in Gießen

Giessen. Während die Partei „Die Freiheit" um den ehemaligen CDU-Mann René Stadtkewitz in Berlin nur mit großen Schwierigkeiten Strukturen aufbauen kann, haben in Leipzig, Gießen, Erfurt und Hamburg erste Informationsveranstaltungen der neuen Rechtspartei stattgefunden. Etwa 100 Personen aus Hessen folgten der Einladung ins Gießener Bürgerhaus, wo Stadtkewitz sprach und die ehemaligen FDP-Funktionäre Jörg Bader und Sabine Merkelbach von der hessischen Geschäftsstelle von „Die Freiheit" über die rechtlichen Besonderheiten einer Parteigründung aufklärten. Am 29. Januar soll in Kaltenkirchen ein Treffen für Interessenten in Schleswig-Holstein folgen. *hma* ■

„Priesterbruderschaft" zieht nach Köln-Kalk

Köln. Die ehemalige „Neuapostolische Kirche" in der Kalker Steinmetzstraße wird das neue Domizil der am rechten Rand des Katholizismus angesiedelten „Priesterbruderschaft St. Pius X.". Dies teilte die umstrittene Bruderschaft Ende Dezember mit. Das katholische Erzbistum zeigte sich über den Kauf des Gebäudes „nicht glücklich". Stephan Georg Schmidt, Presse-sprecher der Katholiken und Mitglied des „Opus Dei", betonte gegenüber dem „Kölner Stadt-Anzeiger" (22.12.2010), dass es sich bei dem Gebäude nicht um ein katholisches Gotteshaus handele, sondern erst einmal nur um ein Immobiliengeschäft. Linke und antifaschistisch gesinnte Menschen in dem multikulturellen Stadtteil betrachten die ungebetenen neuen Nachbarn mit Argwohn. Immerhin wurde der Gründer der vom Vatikan abtrünnigen Bruderschaft, Marcel Lefebvre, 1991 zu einer Geldstrafe wegen rassistischer Äußerungen und Anstiftung zum Rassismus verurteilt. Lefebvre hatte u.a. geäußert, dass Muslime keine „richtigen Franzosen" sein könnten. *abk* ■

300 Menschen bei Gedenkkundgebung

Göttingen. Knapp 300 Menschen haben sich am Samstag, den 15. Januar 2011, an einer Kundgebung anlässlich des 20. Jahrestages des Mordes an Alexander Selchow beteiligt. Der 21-Jährige wurde in der Silvesternacht 1990/1991 von zwei Nazi-Skinheads in Rosdorf auf offener Straße ermordet.

In Redebeiträgen erinnerten SprecherInnen an die Umstände des Mordes vor 20 Jahren und thematisierten neben dem brutalen Neonaziterror auch das Polizeiverhalten jener Zeit. Unter den TeilnehmerInnen der Kundgebung waren auch der Vater und die Mutter, sowie ein Freund von Alexander Selchow. Mit einer Schweigeminute wurde dem Getöteten, sowie aller weiteren Opfer faschistischer Gewalt gedacht. Das Gedenken an die Toten wurde verbunden mit der Mahnung zu fortdauerndem antifaschistischen Widerstand. So wurde in Flugblättern und in einem Redebeitrag zu Massenblockaden gegen den erneut bevorstehenden Neonazi-Großaufmarsch im Februar 2011 in Dresden aufgerufen. Zur Kundgebung aufgerufen hatten Initiativen, Gruppen und Parteien aus dem Göttinger Bündnis gegen Rechts.

Eine Sprecherin der A.L.I. wies in ihrer Rede zudem auf den aktuellen Fall einer drohenden DNA-Entnahme bei einem 20-jährigen Antifaschisten aus Göttingen hin: „Dass aber ein Freund und Genosse von uns heute NICHT an dieser Kundgebung teilnehmen kann, weil bundesweit nach ihm gefahndet wird. Das ist ein Unding! Unserem Freund und Genossen rufen wir von hier aus zu: „Du bist nicht allein! Auf unsere Solidarität kannst Du zählen!". Am kommenden Samstag haben wir alle die Möglichkeit dieser Solidarität hier in Göttingen auf der Straße Ausdruck zu verleihen und die durchschaubare Repression-Strategie des niedersächsischen Innenministeriums gegen die Linke in dieser Stadt zurückzuweisen."

Im Anschluss an die Kundgebung brachen gut 200 Menschen zu einer spontanen Demonstration aus Solidarität mit dem zur Fahndung ausgeschriebenen 20-jährigen Antifaschisten auf. Die lautstarke und dynamische Demonstration zog unbehelligt durch die Göttinger Innenstadt und endete am späten Nachmittag auf dem Wilhelmsplatz.

Antifaschistische Linke International
>A.L.I.< ■

IG Metall Jugend veröffentlicht Lexikon gegen Rechts

Die IG Metall Jugend hat Ende 2010 das kleine Lexikon „Gegen Rechts von A bis Z" veröffentlicht. Damit sollen alle Aktiven in ihrer Arbeit gegen Rechts unterstützt werden. Wichtige Begriffe werden kurz und bündig erläutert, historische Ereignisse, Vorurteilsmuster und Ideologien erklärt. Das reicht von A wie Antisemitismus über F wie Faschismus bis Z wie Zivilcourage. Rassismus und Rechtsextremismus machen vor Betriebstoren und Berufsschultüren nicht Halt. Ausgrenzung und Diskriminierung sind aber keine Kavaliersdelikte. Die IG Metall Jugend ist nicht bereit, diskriminierende Einstellungen und Handlungen stillschweigend hinzunehmen. Das kleine Lexikon „Gegen Rechts von A bis Z" hilft dabei, sich das Wissen anzueignen, das für Diskussionen in den Pausen oder auf dem Weg zur Berufsschule wichtig ist, um rechtpopulistische Demagogen entlarven zu können.

Das kleine Lexikon „Gegen Rechts von

A bis Z“ kann im Internet herunter geladen werden unter: www.igmetall.de

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Januar 2011“ ■



Wuppertal hat keinen Platz für Nazis!

WUPPERTAL. Unter dem Motto „Gegen Antifaschismus und linke Gewalt! – Weg mit dem Autonomen Zentrum“ wollen Nazis aus der Region am Samstag, den 29. Januar 2011 das erste Mal seit 42 Jahren eine Demo in Wuppertal-Elberfeld durchführen. Startpunkt der Nazi-Demo, die Axel Reitz angemeldet hat, ist 12.00 Uhr, Wuppertal Hauptbahnhof.

Während in den 90er Jahren das Bergische Land durch den Brandanschlag in Solingen und den Angriff auf die Gedenkveranstaltung am KZ Kemna im Sommer 2000 traurige Berühmtheit erlangte, wurde es – durch entschlossene antifaschistische Gegenwehr und einige Verurteilungen in Wuppertal und Umland – wieder ruhiger. In den letzten Monaten hat sich die Situation allerdings wieder verschärft. Im November 2008 schlugen Nazis einem jungen Mann fast den Schädel ein, nachdem er sie in der S-Bahn aufforderte, das Singen von rassistischen Liedern zu unterlassen. Zunehmend ereigneten sich immer wieder mehr oder weniger schwere Übergriffe von Nazis auf vermeintlich Linke oder nicht „deutsch“ aussehende Personen. So wurden Menschen mit Flaschen beworfen, Frauen das Kopftuch vom Kopf gerissen und Familien mit Kindern regelmäßig zu Hause belästigt. Parallel fanden sich immer öfter auch rassistische und NS-verherrlichende Schmierereien und Propagandamaterialien, letztere meist von der AG-Rheinland.

Der vorläufige Hööhepunkt war der versuchte Angriff der Nazis auf das CinemaXX. In diesem wurde der Aufklärungsfilm „„Das braune Chamäleon“ gezeigt. Die Nazis wurden recht erfolgreich zurückgeschlagen und einige ließen sich anschließend auch noch von der Polizei festnehmen.

Autonomen Antifaschist_innen rufen zur „Punktlandung 5 vor 12 – Wuppertal Hauptbahnhof – Kein Platz füür Nazis!“ auf. Auch das Wuppertaler Bündnis gegen Rechts und die Wuppertaler Initiative für Toleranz wollen den Nazis den öffentlichen Raum nicht unwidersprochen überlassen. In ihrem Aufruf heißt es: „„Die Geschichte der 12 Jahre Faschismus an der Macht lehrt: Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen!

Wuppertal ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Wuppertal hat Platz für das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Religionen. Wuppertal hat keinen Platz für Nazis!“

Treffpunkt ist am Samstag, 29.1.2011 - 10.30 Uhr vor den City-Arkaden am Döppersberg in Wuppertal Elberfeld.

Infos unter: www.wuppertal-gegen-rechts.de, www.wuppertaler-initiative.de ■

19. Februar: Dresden will Nazis blockieren

DRESDEN. Das BÜNDNIS DRESDEN NAZIFREI ist fest entschlossen, den Blockadeerfolg des Jahres 2010 am 19. Februar 2011 zu wiederholen. Auf der Homepa-





ge http://www. dresden-nazifrei.com rufen die Initiatoren bundesweit zu Massenblockaden auf. Hintergrund des jährlich stattfindenden Nazi-Aufmarschs ist die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten im Februar 1945. Dies nutzen die Nazis zur völkischen und rassistischen Propaganda in Dresden. Dem breiten gesellschaftlichen Bündnis gelang es erstmals im Jahr 2010, Naziaufmarsch und Kundgebung durch Blockaden zu verhindern. Mehr als 10 000 Menschen nahmen im letzten Jahr an den Aktionen teil. Es war ein riesiger Erfolg für das Dresdner Bündnis. Dieser Erfolg soll auch 2011 wiederholt werden. Deshalb wird schon jetzt bundesweit mobilisiert.

Auch am Abend des 13. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung, wollen Nazis durch Dresden marschieren. Für diesen



Tag rufen lokale Nazigruppen zu einem Fackelmarsch auf, der inzwischen durch das Dresdner Verwaltungsgericht genehmigt wurde. Auch an diesem Tag werden deshalb AntifaschistInnen mit vielfältigen, dezentralen und bunten Aktionen in Dresden präsent sein und die Nazis nicht ungestört lassen. Durch eine Begehung der Orte der Täter und durch das Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus greifen sie in den Gedenkdiskurs ein und protestieren so gegen den Geschichtsrevisionismus der Nazis. Das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!“ wendet sich vor allem an die Dresdnerinnen und Dresdner und alle Menschen in der Region, sich mit ihm am 13. Februar lautstark den Nazis entgegenzustellen.

Mehr Infos unter: http://www. dresden-nazifrei.com ■





Wege des Gedenkens. Erinnerungsorte an den Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen. Sonderausgabe der LOTTA, 6,- Euro, 180 Seiten, Broschur, lotta-vertrieb@ nadir. org, http://projekte.free.de/lotta

Proteste gegen Fusionsfeier in Lichtenberg

Berlin. Am vergangenen Samstag hielt die Bundes-NPD eine Veranstaltung in der Max-Taut-Aula in Berlin-Lichtenberg ab. Obwohl es die zentrale Fusions-Feier von NPD und DVU sein sollte und gleichzeitig Wahlkampfauftakt der Berliner NPD, kamen nur etwas mehr als 100 Neonazis. Trotz der kurzen Mobilisierungszeit von einer Woche nahmen vor der Aula zwischen 800 und 1000 Menschen an den Protesten gegen die Veranstaltung teil.

Obwohl der offizielle Start der Antifa-Kundgebung für 13:00 angesetzt war, sammelten sich schon ab 12:00 etwa 150 Menschen auf dem Nöldnerplatz. Dort am Gedenkstein für den Rummelsburger Arbeiterwiderstand wurde die Kundgebung mit Reden von bezirklichen Verordneten begonnen.

Die Lichtenberger NPD, angeführt von Manuela und Dietmar Tönhardt, und der Neuköllner NPDler Jan Sturm waren zu diesem Zeitpunkt schon in der Aula mit dem Aufbau beschäftigt. Das Gebäude der Schule, dessen Fenster mit Anti-Nazi-Plakaten geschmückt war, war schon am Vortag von der Polizei mit Hamburger Gittern gesichert worden, so dass kein direktes Herankommen möglich war.

Vom Kundgebungsplatz aus wurden die ankommenden ProtestiererInnen weiter zu den Absperrungen gelotst, so dass sie ihren Protest direkt bei den Neonazis äußern konnten. Diese Möglichkeit wurde genutzt, und so war bald die Vorderseite der Schule vollständig von GegendemonstrantInnen umstellt. Vom Lautsprecherwagen wurden Recherchebeiträge über die Berliner NPD und die Lichtenberger Neonaziszene, sowie der Aufruf, sich an den Februar-Blockaden in Dresden zu beteiligen verbreitet. Der Protest gegen die Neonazis war bunt und unterschiedlich. Neben Autonomen Antifas, die mehrere Versuche unternahmen, die Gitter zu durchbrechen, fanden sich lokale PolitikerInnen, AnwohnerInnen und auch SchülerInnen und LehrerInnen des Oberstufenzentrums und der nahegelegenen Kant-Oberschule ein, um gegen Neonazis in ihrem Kiez zu protestieren. Gegen Ende der Kundgebung, zwischen 15:30 und 16:00, ging die Polizei mehrere Male aggressiv in die Gegenkundgebung und verhaftete mehrere Menschen. Ein Jugendlicher wurde dabei von einem Baum heruntergezogen und am Boden geschlagen. Die Polizei spricht von neun Festnahmen. Die meisten Neonazis sammelten sich am S-Bhf Lichtenberg, um von dort aus gemeinsam mit dem Ersatzbus zum Kundgebungsort zu fahren. Bei den etwas über einhundert Neonazis handelte es sich fast ausschließlich um äl-



tere Funktionäre der NPD. Der Berliner Verband, von dem vor allem die Lichtenberger und Pankower Bezirksverbände stark vertreten waren, stellte die meisten VertreterInnen. Der Berliner NPD-Vorsitzende Uwe Meenen hielt die Eröffnungsrede, die Lichtenbergerin Karin Mundt betätigte sich als Sängerin und im zweiten Teil der Veranstaltung stellten sich die KandidatInnen für die Berlin-Wahl vor – unter ihnen die Lichtenbergerin Manuela Tönhardt, Udo Voigt, Hans-Ulrich Pieper, Immanuel Regehly, Sebastian Schmidtke und Richard Miosga.

Fazit: Trotz der kurzen Mobilisierungszeit konnten viele Menschen dazu bewegt werden, gegen die NPD-Veranstaltung zu protestieren. Die Feststimmung, die die Bundes-NPD-Führung mit der Fusion verbreiten will, scheint nicht auf die Basis der Partei überzugreifen. Das zeigt zumindest die geringe Beteiligung trotz bundesweiter Nazi-Prominenz. Die Berliner Kameradschaftsstrukturen blieben der Veranstaltung gänzlich fern und demonstrierten geschlossen in Magdeburg.

Antifa Hohenschönhausen, 18. Januar 2011 ■

Übergabe eines Infoterminals zur Erinnerung an 100 Opfer des NS-Regimes

Berlin. Aus Anlass des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus laden die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg herzlich ein zur Öffentliche Übergabe eines Infoterminals zur Erinnerung an 100 Opfer des Nazi-Regimes, die auf der Ehrentafel im Foyer des Rathauses Kreuzberg verzeichnet sind: Dienstag, den 25. Januar 2011, 17.00 Uhr, Foyer, 1. Stock Rathaus Kreuzberg, Yorckstraße 4-11.

Die Gedenktafel mit den Namen von 100 Opfern des Naziregimes entstand in der frühen Nachkriegszeit auf Initiative des Kreuzberger Ausschusses „Opfer des Faschismus". 65 Jahre nach Kriegsende hat sich die Berliner VVN-BdA aufgemacht, die Lebenswege der 100 mit der Gedenktafel Geehrten zu recherchieren. Ihre Biografien zeigen, dass Kreuzberg auch nach 1933 ein Zentrum von Selbstbehauptung und vielfältigem Widerstand gegen das Naziregime war. Fast zwei Drittel der auf der Gedenktafel genannten Personen kommen aus dem Arbeitermilieu. Über ein Drittel sind Juden. Entrechtet, diskriminiert und staatlicher Willkür ausgesetzt sind sie vogelfrei, ihrer Existenz beraubt, zu Zwangsarbeit verpflichtet, müssen sie den Judenstern tragen.

Als Mahnung an die Verbrechen des Naziregimes ist die 1947 entstandene Gedenktafel im Rathaus Kreuzberg ein bedeutsames (zeit)geschichtliches Dokument. Die Erläuterung erfolgt über einen Touchscreenmonitor, auf dem die 100 Opfer des Naziregimes abgebildet sind. Durch Berühren der Namen erscheinen ihre Biografien und, falls vorhanden, ein Porträtfoto sowie bis zu drei Fotos bzw. Dokumente.

Mit den Biografien soll nicht nur an den gewaltsamen Tod Kreuzberger Opfer des Faschismus, sondern an ihr Leben in einer schweren Zeit erinnert werden und ihnen wieder ein Gesicht gegeben werden. Diese Opfer können nun in unserer Erinnerung weiterleben. Für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rechtsextremismus vermitteln sie Mechanismen und Dimensionen rassistischer, religiöser, politischer Unterdrückung und Verfolgung und zeigen, welche Konsequenzen Zuschauen, Mitlaufen und Ignoranz hatten.

Hans Coppi, Berliner VVN-BdA
http://berlin.vvn-bda.org ■

Fortsetzung von Seite 1: FN-Kongress

Verfolgungen und Schikanen seitens des „politischen Establishments“ im Lande geworden, das sich nicht scheue, „den Sinn meiner Äußerungen gegen mich zu verdrehen“. Deswegen, weil er und seine Partei „die Wahrheit aussprechen“, insbesondere über „den Niedergang Frankreichs“.

Anlässlich eines Rückblicks auf die 56 Jahre seiner politischen Karriere beschreibt Le Pen diese ‚décadence‘ Frankreichs noch einmal eindringlich, wie man es von seinen Reden gewohnt ist: „Entindustrialisierung“, Verlust erst des Kolonialimperiums und dann der nationalen Souveränität gegenüber Europäischer Union und USA, „Masseneinwanderung“.



Die „Übergabe der Fackel“ an seine Tochter funktionierte reibungslos. Vier Wochen lang hatten die eingeschriebenen Parteimitglieder des FN Zeit, um in einer Urabstimmung über die Person des oder der neuen Vorsitzenden zu entscheiden. Zur Auswahl standen Marine Le Pen und der frühere Juraprofessor Bruno Gollnisch. „Die Tochter des Chefs“ trug mit 67,65 Prozent einen guten Zwei-Drittel-Sieg davon.

Gelegenheit zur Mitglieder-Zählung...

Aus diesem Anlass wurde auch publik, wie viele Parteimitglieder der FN derzeit hat. Denn da die Auszählung zum Zwecke der Beglaubigung in Anwesenheit eines Gerichtsdieners vorgenommen wurde, mussten dazu die Register offengelegt werden. Gut 17.000 Mitglieder nahmen an der Abstimmung teil. Offiziell zählt der FN momentan angeblich 22.400 Beitrag zahlende Parteigänger, wobei jene, die an einem so zentralen Votum nicht teilnahmen, mutmaßlich als Karteileichen gelten dürfen. Aus diesem Grunde ist klar, dass die Mitgliedszahlen des FN nach wie vor deutlich unterhalb derer des Jahres 1999 – vor seiner ersten Spaltung, die zum Gerichtsstreit zwischen zwei Flügeln um den Anspruch auf den Parteinamen führte – liegen. Damals zählte die Partei gerichtlich beglaubigte 42.000 Mitglieder.

Allerdings hat sie gegenüber den Jahren ihrer tiefen Krise, von 2007 bis 2009, auch wieder stark zulegen können. Ferner fällt auf, dass die Delegierten im Saal allen Altersklassen angehören, wobei die jüngere Generation nicht mehr nur – wie sonst bisweilen beim FN anzutreffen – aus Trägern von extremen Kurzhaarschnitten und Bomberjacken besteht. Viele von ihren Vertretern sind durchaus im bürgerlichen Sinne „vorzeigbar“. Offenkundig ist es dem FN gelungen, erneut Nachwuchs zu rekrutieren. Ansonsten sind die Delegierten überwiegend, zu 80 Prozent, männlich. Frauen, sofern vorhanden, sind meistens betont „sexy“ aufgetakelt. Unter den älteren Generationen gehören viele Delegierte zur Gruppe der Pieds Noirs, der 1962 aus Algerien geflohenen früheren Kolonialsiedler. Wie diese Nachbarn neben mir in der Bank, aus Dax, Agen und Grenoble: „Und wo stammen Sie her? Aus Sétif! Und Sie? Aus jener algerischen Stadt...“

Rund 2.000 Anhänger sind zum Parteitag gereist. Neben den Mandatsträgern durften auch „einfache“ Mitglieder teilnehmen, mussten jedoch zehn Euro Eintritt zahlen: Die finanzielle Lage des FN ist nach wie vor sehr schlecht. Zu Wort kommen sie alle nicht, denn nur die Parteioberen reden an diesem Wochenende. Zuerst, am Sonntag früh, der unterlegene Kandidat Bruno Gollnisch.

Gollnisch bleibt im Apparat verankert

Er spricht über die Loyalität zur gewählten neuen Vorsitzenden und davon, dass er sich dem Ergebnis und dem Willen der Mehrheit beugen werde. Es wird also nach dem Parteitag wohl nicht zur Abspaltung der – oft als „radikaler“ dargestellten – Minderheit kommen. Bruno Gollnisch betont, seine Leute hätten immerhin fast die Hälfte der Stimmen bei der Wahl zum 100köpfigen „Zentralkomitee“ der Partei erhalten. (42 seiner Mitglieder stehen ihm nahe, laut einem Interview mit Gollnisch in der Lyoner Zeitung ‚Le Progrès‘ vom 22. Januar 11.) Sie sind also nach wie vor gut im Apparat verankert. Allerdings hat das „Zentralkomitee“ in der Partei – die, wie früher auch die Gaullisten, historisch die Strukturbezeichnungen der KP als erster historischer Massenpartei in Frankreich übernommen hatte – nicht sehr viel zu sagen. Denn in ihrem Inneren ist die Machtausübung derart zentralisiert, dass sie fast allein beim „Exekutivbüro“ als oberster Spitze und in der engeren Umgebung des oder Vorsitzenden angesiedelt ist.

Inhaltlich betont Gollnisch, dass „die Verteidigung der traditionellen Werte“ für seine Partei „keineswegs spießig, sondern sehr modern“ sei. Dabei meint er Ehe, Familie und das Verbot von Abtreibungen. An diesem Punkt bestehen Differenzen zu der, doppelt geschiedenen und in „Moralfragen“ relativ aufgeschlossenen, neuen Vorsitzenden. Und Gollnisch gedenkt „unserer Toten: der Toten vom Februar 1934, des Indochina- und Algerienkriegs...“ Am 6. Februar 1934 hatte in Paris vor dem Parlament ein Putschversuch von rechtsextremen Kampfverbänden stattgefunden. Da es den FN zu dem Zeitpunkt nicht gab, bedeutet Gollnischs Ausspruch ein klares Anknüpfen an eine Geschichte der pro-faschistischen Rechten, mit der er die eigene Partei in eine Reihe stellt. Marine Le Pen hält solche historischen Bezüge für eher unklug.

Marine Le Pen greift alles ab: Menschenrechtserklärung; Wirtschaft, Soziales und Ökologie...

Die neue Chefin ihrerseits spricht in ihrer Rede vom Sonntag Nachmittag betont oft von der Republik, ein Wort, das bis im Herbst 2006 – als es unter ihrem Einfluss Einzug in das Vokabular des FN nahm – bei der extremen Rechten eher tabu war. Denn in Frankreich erinnert es an eine historisch-politische Traditionslinie, die 1789 begründet wurde, gegen die aber Teile der extremen Rechten wie ihr monarchistischer und ihr katholisch-fundamentalistischer Flügel stets opponiert hatten. Marine Le Pen zitiert sogar die Allgemeine Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789, was bis dahin in Teilen der extremen Rechten eher ein Sakrileg darstellte. Um an das, in ihrem Artikel 2 enthaltene, „Recht auf Widerstand gegen politische Unterdrückung“ anzuknüpfen – in der Perspektive einer Republik mit stark plebiszitären Elementen, die der FN fordert. Gegen die „Herrschaft der Altparteien“ beruft die rechtsextreme Partei sich auf „die Bevölkerung“, die sich in Volksabstimmungen äußern dürfen müsse. Am liebsten über Fragen wie Todesstrafe oder Einwanderung. Als besonders vorbildhaft gilt dabei seit einigen Wochen die Schweiz, mit ihren Abstimmungen über das Minarettverbot von 2009 und über Abschiebungen von „straffälligen Ausländern und Sozialschmarotzern“ von Ende November 2010.

Ferner spricht Marine Le Pen vor allem von wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Sie redet einem ökonomischen Protektionismus das Wort, schildert ausführlich die negativen Auswirkungen des Euro auf Frankreich und stellt die derzeitige internationale Arbeitsteilung in Frage: Es müsse eine „Zurückholung“ von – etwa nach Asien ausgelagerten – Produktionen gebe, was auch die ökologische Schädlichkeit der zunehmenden Transporte mindere. Eine Idee, die keineswegs nur auf der extremen Rechten geäußert, von ihr jedoch in einen spezifischen Begründungszusammenhang eingebaut wird. Und bei ihr vor allem im Kontext einer industriellen Wie-

deraufrüstung Europas sowie einer Wiederherstellung des französischen Weltmachtrangs steht...

Die strategischen Unterschiede zwischen beiden bisherigen Kandidaten um den Parteivorsitz sind beträchtlich. Dennoch betont Marine Le Pen, ab diesem Tag gebe es „keine Marinisten oder Gollnischianer mehr, sondern nur noch Aktivisten des FN“. Sie bietet ihrem unterlegenen Kandidaten sogar die „erste Vizepräsidentschaft“ der Partei an, was dieser jedoch ausschlägt. Gollnisch bleibt jedoch Mitglied im „Politischen Büro“ als zweithöchstem Führungsgremium, wo politische Grundsatzbeschlüsse debattiert werden.

Farid Smahi macht Türe knallend den Abgang

Am Sonntag Mittag kommt es zum Eklat im Pressezentrum. Stimmengewirr, zerbrechende Gläser, Schreie ertönen. Woher kommt der Aufruhr? Farid Smahi taucht auf: Der algerischstämmige Franzose und hauptberufliche Erzieher, der 1998 der Partei beitrat, war bislang Mitglied im Politischen Büro des FN. Die Partei wies immer einzelne arabischstämmige Mitglieder auf, die meistens aus der Gruppe der Harkis stammen – also jener Nordafrikaner, die zwischen 1954 und 1962 in der Kolonialarmee für den Erhalt der französischen Herrschaft kämpften, und ihrer Nachfahren. Doch im jüngsten innerparteilichen Wahlkampf hielt der Mann zu Gollnisch. Im neuen „Politischen Büro“, dem noch einzelne Vertreter des unterlegenen Flügels angehören, taucht sein Name nicht mehr auf.

Deswegen schreit Smahi nun herum: „Zwölf Jahre lang war ich der Kanacke vom Dienst! Und jetzt werde ich aus rassistischen Gründen herausgesäubert!“ Andere Führungsmitglieder versuchen ihn zu beruhigen. Farid Smahi zieht jedoch, Dutzende von Journalisten und Kameras im Tross, quer durch die Kongresshalle bis vor die Tür. Er will eine politische Affäre aus seinem Abgang machen: „Marine Le Pen gehört zu jenen Teilen der nationalen Rechten, die von einer Lobby bezahlt werden, um Front gegen die Muslime zu machen und einen Angriff auf den Iran vorzubereiten.“ Kurz, sie ist – ihm zufolge – durch „die zionistische Lobby“ eingekauft worden. Umstehende Kongressteilnehmer reden auf ihn ein, manche beruhigend, andere drohend: „Du beschimpfst den FN als rassistisch? Du wirst schon sehen!“ Daraufhin zieht er schimpfend von dannen, mit den Worten: „Ich gehe wie ein Kanacke, mit meinen Koffern!“

Aufruhr & Zwischenfälle

Danach wird es wieder ruhig. Auch aus der Stadt Tours, außerhalb des Kongresszentrums, ist am Sonntag Nachmittag die Spannung gewichen. Am Vorabend noch hing ständig ein Hubschrauber über dem Stadtzentrum. Am Samstag Nachmittag war es nach einer antifaschistischen Demonstration mit rund 2.000 Teilnehmern, überwiegend aus Gewerkschaften wie der ‚Union syndicale Solidaires‘ und der Linken, zu Reibereien zwischen der Polizei und Autonomen gekommen. Tränengas wurde unmittelbar vor dem Rathaus eingesetzt.

Und am Abend war ein Journalist, der sich in den nichtöffentlichen Teil des Kongresses – das Galadiner mit Tanz – eingeschleust hatte, seinen Angaben zufolge durch den Ordnerdienst des FN misshandelt worden. Er selbst, Michaël Szames, behauptet, dabei auch Opfer „rassistischer Äußerungen“ aufgrund seiner jüdischen Abstammung geworden zu sein (ohne dabei allerdings irgendeine konkrete Äußerung zu zitieren, abgesehen von jener, er sei vom Ordnerdienst als „Scheißjournalist“ bezeichnet worden). Tagsüber wurde ferner auch ein Kamerateam der Sendung ‚Le petit journal‘ vom Privatfernsehsender ‚Canal +‘ vom Parteitag verwiesen; und ein Fernsehjournalist des Senders M6 – Azzedine Ahmed-Chaouch – war am Samstag früh am Halleneingang abgewiesen worden. Er hat ein Buch über Jean-Marie Le Pen unter dem Titel ‚Le testament du diable‘ (Des Teufels Testament) verfasst, welches bei dessen Partei keinen Gefallen erregt haben dürfte.

Die genauen Vorfälle vom Samstag Abend sind bislang ungeklärt, abgesehen von der auf beiden Seiten unbestrittenen Tatsache, dass der Journalist (Szames) unsanft aus dem Saal hinausgeworfen wurde. Bei einem Auftritt vor der Presse nutzte Jean-Marie Le Pen den Zwischenfall jedoch am Sonntag um 13 Uhr für einen seiner berüchtigten Aussprüche: „Dass er Jude sei, war weder an seinem Presseausweis noch, wenn ich es mich mal zu sagen traue, an seiner Nase zu erkennen.“

Zumindest Le Pen senior bleibt ganz der Alte. Wie seine Partei sich in den kommenden Monaten entwickeln wird, bleibt abzuwarten.

Seine Tochter blieb anlässlich ihrer gemeinsamen Pressekonferenz bei der Position – die sie im innerparteilichen Wahlkampf eingenommen hatte –, eine Allianz mit der konservativen Regierungspartei UMP lehne sie ab. Ein solches Bündnis (das derzeit immer häufiger suggeriert wird, durch rund 100 UMP-Abgeordnete[1] von insgesamt 320 angestrebt und – laut einer jüngsten Umfrage – durch 35 Prozent der UMP-Anhänger in der Wählerschaft befürwortet wird) wäre ihren Worten zufolge das künstliche Zusammenfügen von Gegensätzen: „Globalismus oder Nation, Schutz der Unseren oder Freihandel und Wirtschaftsliberalismus...“

Es bleibt abzuwarten, ob sie auf Dauer bei dieser Linie gegenüber der UMP bleiben wird; im innerparteilichen Wahlkampf war dies aus ihrer Sicht unabdingbar, da ihre Gegner innerhalb der Partei (in deren Augen sie für eine „Aufweichung“ ihres ideologischen Profils steht) sie sonst an dieser Flanke angegriffen hätten. In der bisherigen Konstellation konnte sie den Vorwurf zurückgeben, da sie ihrerseits Gollnisch während des innerparteilichen Wahlkampfs als angeblichen Befürworter eines Regierungsbündnisses mit der UMP angriff, sich selbst als dessen Gegnerin hinstellend. Durch einen italienischen Journalisten danach befragt, ob sie nicht den Weg von Gianfranco Fini in seinem Land – der in einem Regierungsbündnis mit Berlusconi, und inzwischen in einer Einheitspartei mit dessen Gefolgsleuten endete – einzuschlagen trachte, erwiderte Marine Le Pen am Sonntag: „Fini ist derart weit abgedriftet, dass er inzwischen auf der Linken gelandet ist. Da sieht man, wohin sein Weg führte...“ (Gianfranco Fini hat innerhalb der Rechts-Rechts-Koalition in Italien zum Teil wesentlich softere Positionen etwa zu Einwanderungspolitik und „Ausländerwahlrecht“ als der dritte Verbündete, die rassistische Regionalpartei Lega Nord.)

Die neue Vorsitzende – in den ersten Tagen ihres Amts

Am darauffolgenden Montag, den 17. Januar räumte Marine Le Pen bei einem Interview auf ‚Radio Monte Carlo‘ – RMC – ein, diese Äußerung ihres Vaters & Amtsvorgängers (über den hinausgeworfenen und angeblich misshandelten Journalisten) lasse sich als „ungeschickt“ bezeichnen. Genauer, sie bejahte dies auf die entsprechende Nachfrage eines Journalisten hin, mit den Worten: „Ja. Aber vielleicht dürften Sie Jean-Marie Le Pen bald hinterher trauern“, in Anspielung auf ihr eigenes Debattiergeschick. Marine Le Pen hatte die Worte voraus gesandt, ihr Vater habe „sicherlich keinen schlechten Gedanken“ bei diesem Ausspruch gehegt. Doch hätte er in ihren Augen besser gesagt, dies – das Jude-Sein des Journalisten – lasse sich „nicht auf seiner Stirn“ ablesen (statt „an seiner Nase“), denn „dies hätte die Polemik vermieden“.

Dass Marine Le Pen keineswegs „moderat“ ist, bewies sie aus Anlass desselben Interviews, das auch beim Fernsehsender BFM TV ausgestrahlt wurde. Bei ihm machte sie sich auch das langjährige Credo des FN, seinen hauptsächlichen Programmkern – die ‚préférence nationale‘ oder „Bevorzugung der Inländer“ – ausdrücklich zu eigen. Völlig treu zur Parteitradition in dieser (für ihre Programmatik zentralen) Frage stehend, erklärte sie darüber hinaus: „Wir müssen unsere Sozialhilfe, unsere Sozialpolitik für unsere Landsleute reservieren; genauso wie den vorrangigen Zugang zu Arbeitsplätzen und zu Wohnungen.“ Und sie fügte hinzu: „Ab dem Moment, wo ein Ausländer in unser Land gekommen ist und er in Langzeit-Arbeitslosigkeit steckt, denke ich, dass er nach Hause (Anm.: d.h. in sein Herkunftsland) zurückkehren können muss.“

Daneben stellte sie die Existenz von herkunftsbezogenen Diskriminierungen etwa auf dem Arbeitsmarkt für Franzosen mit Migrationshintergrund in Frage. Nach solchen Diskriminierungen befragt, erwiderte sie den Journalisten: „Sie sind es, die solches behaupten! Ich für meinen Teil habe Untersuchungen gesehen, die besagen, dass es Behinderte sind, die eher Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden." Neben den Körperbehinderten spielte sie auch die Einwohner/innen ärmerer ländlicher Zonen gegen die Franzosen migrantischer Herkunft und/oder Bewohner von Sozialghettos in den Trabantenstädten aus: Erstere seien es, die größere Schwierigkeiten anträfen als die Letztgenannten.

Dass sie politisch durchaus sehr geschickt vorgehen kann, bewies Marine Le Pen anlässlich einer Pressekonferenz, die sie am Mittwoch (den 19. Januar 11) in den Räumen des Europaparlaments in Strasbourg abhielt. Dabei wurde sie auch danach befragt, was sie zu dem höchst umstrittenen, da autoritären, neuen Mediengesetz in Ungarn denke. Darauf erwiderte Marine Le Pen, sie „teile die Besorgnisse" und fügte hinzu: „Das Mindeste, was sich sagen lässt, ist, dass die Presse uns (d.h. dem Front National) nichts schenkt. Aber die Presse muss frei bleiben." Und: „Die Kultur Frankreichs ist die Gedankenfreiheit, die Meinungsfreiheit, und in der Konsequenz, auch wenn es manchmal unangenehm ist, die Pressefreiheit."



Der Regierung der konservativ-nationalistischen FIDESZ in Ungarn wird eine erhebliche Einschränkung der Pressefreiheit vorgeworfen. (Allerdings hatte Marine Le Pen noch am Vorabend – am 18. Januar – in einem ausführlichen ‚Chat', einem Internetgespräch mit Leser/inne/n der liberalen Pariser Abendzeitung ‚Le Monde', dort eine etwas andere Position eingenommen. Dort führte sie vielmehr aus: „Ich bin für die Pressefreiheit und akzeptiere, auch wenn es mühsam/schmerzhaft ist, deren Exzesse. Aber ich bin vielleicht noch stärker der Freiheit und der Souveränität der Völker verpflichtet. Wenn das ungarische Volk ein Gesetz zur Einschränkung der Pressefreiheit abstimmt/annimmt, dann ist dies sein Recht."[2]

Nachdem sie sich mit ihren Worten vom Mittwoch in dieser Angelegenheit als eher „liberal" positioniert hatte, packte sie kurz darauf gleich noch einen wahren (doch nicht unerwartet kommenden) Horror oben drauf. Durch einen Journalisten danach befragt, ob der französische FN sich in der ungarischen rechten Regierungspartei FIDESZ wiedererkenne, antwortete sie rundheraus, die „uns am nächsten stehende" Partei in Ungarn sei Jobbik. Also die offen antisemitische Bewegung, die bei den letzten Europaparlamentswahlen satte 17 Prozent der Stimmen erhielt und unter allen erfolgreichen rechten Wahlparteien in Europa der historischen Nazipartei am stärksten ähneln dürfte.

Bernhard Schmid, Paris ■

1 So jedenfalls der Vorsitzende der Liga für Menschenrechte (LDH), Jean-Michel Dubois, in ‚La Nouvelle République' (in Tours erscheinende Regionalzeitung) vom 16. Januar 11. Dubois war aus Anlass eines antifaschistischen Gegenkongresses, der am 15. Januar in Tours rund 500 Menschen versammelte, in die Stadt gereist, wo am folgenden Tag der FN-Kongress stattfand.

2 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/chat/2011/01/18/le-front-national-va-t-il-changer_1467034_823448.html

Gedenken am Ramazan-Avci-Platz

Hamburg. Vor 25 Jahren wurde Ramazan Avci am 21.12.1985 abends von Nazis auf offener Straße in Hamburg zusammengeschlagen. Am S-Bahnhof Landwehr wurden er, sein Bruder und ein Freund aus einer bekannten Skinheadkneipe heraus angegriffen. Die Tat war einer der ersten rassistischen Angriffe mit Todesfolge, die in der Bundesrepublik bekannt wurden.

Ramazan Avci hatte sein Auto in die Werkstatt gebracht, danach wollte er zusammen mit seinem Bruder Veli und einem Freund mit einem Bus nach Hause fahren.Vor der Bahnhofsgaststätte standen etwa 30 Naziskins zusammen, welche die drei jungen Männer als Türken identifizierten und angriffen. Die verteidigten sich mit Pfefferspray, Ramazans Bruder und sein Freund konnten in letzter Sekunde in einen Linienbus fliehen, wurden durch die geschlossenen Bustüren bedroht. Eine Türscheibe wurde eingeschlagen, Skins schossen mit Gaspistolen hinein, der Bus fuhr ab. Ramazan Avci erreichte den Bus nicht mehr rechtzeitig, rannte panisch auf die Fahrbahn. Er wurde von einem Auto erfasst, durch die Luft geschleudert, brach sich ein Bein. Auf dem Boden liegend wurde Ramazan Avci mit Baseballschlägern, Axtknüppeln und Fußtritten brutal malträtiert, bis er bewusstlos und stark blutend liegen blieb. Mit gebrochenen Beinen, kaputten Rippen, eingeschlagenem Schädel. Am Morgen des 24. Dezember starb er im Krankenhaus, ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben. Wenige Tage später wurde sein Sohn geboren, der nach ihm benannt wurde.

Anlässlich seines 25. Todestags gründete sich Anfang Dezember eine Gedenkinitiative. Sie fordert, dass der triste, namenlose Bahnhofsvorplatz, in dessen unmittelbarer Nähe sich der Angriff ereignete, in Ramazan-Avci-Platz umbenannt wird. Denn der Angriff auf Avci ist für viele MigrantInnen ein Symbol für die rassistische Gewalt auf deutschen Straßen. Bereits am 24. Juli 1985 war in Hamburg der 29-jährige Mehmet Kaymakcý von drei Rechtsradikalen angegriffen und ermordet worden. Sie schlugen ihn nachmittags, als er auf dem Heimweg von der Arbeit war, zusammen und zertrümmerten mit einer Gehwegplatte aus Beton seinen Schädel. „Wir wollten den Türken fertigmachen", erklärte einer der drei Täter nach seiner Festnahme.

Viele Skinheads sahen sich bei ihrem Terror gegen Einwanderer als Vollstrecker eines Volkswillens. Bereits in den siebziger Jahren gab es einen Anwerbestopp für sogenannte Gastarbeiter. Anfang der achtziger Jahre begann die SPD/FDP-Mehrheit unter Kanzler Helmut Schmidt mit einem Prämienprogramm: Wer in sein Herkunftsland oder das seiner Eltern ausreiste, bekam eine Geldprämie und verzichtete im Gegenzug auf alle Rentenansprüche aus den eingezahlten Beiträgen.

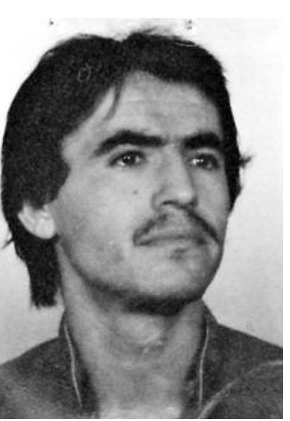
Dazu kam nach dem Regierungswechsel Ende 1982 eine zunehmend deutschnationale Politik der CDU/FDP-Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl – damals hieß das „geistig-moralische Wende". Naziskin-Aktivitäten auf offener Straße wurden polizeilich und gesellschaftlich weitgehend geduldet. So konnten auf dem belebten Hansaplatz im Hamburger Zentrum Anfang Dezember 1985 zwei Skinheads ein türkisches Mädchen eine Viertelstunde lang quälen, schlagen und immer wieder zu Boden werfen, ohne dass jemand eingriff oder die Polizei holte. Nach der großen Öffentlichkeit infolge der Ermordung von Ramazan Avci hatte die bis

dahin medial kaum beachtete Naziskinszene Zulauf. In Hamburg war die Verbindung zwischen den losen, trinkfreudigen Naziskingruppen und neonazistischen Kaderorganisationen besonders auffällig und erfolgreich. Die vier Skins, die von der Polizei nach dem Angriff auf Ramazan Avci noch mit ihren Totschlaginstrumenten verhaftet wurden, waren Mitglieder einer Skinheadgruppe aus Hamburg-Lohbrügge, die für ihre rassistischen Jagden auf EinwandererInnen bekannt war. Einer der Verhafteten, Ralph Lach, belastete bei seiner Vernehmung einen Mittäter schwer: René Wulff – der orientierte sich an seinem großen Bruder, dem Neonazikader Thomas Wulff, damals ‚Gauleiter Nord' der ‚Aktionsfront Nationaler Sozialisten', ANS. Die ANS, in Hamburg gegründet von Michael Kühnen, war eine der wichtigsten Neonazigruppen bundesweit. Kühnen wohnte lange im Hamburger Bezirk Bergedorf, wo der kleinbürgerlich geprägte Stadtteil Lohbrügge liegt. Gegen die Angriffe der Naziskins wehrten sich Jugendgangs wie die ‚Bomber', die sich in der Bergedorfer Hochhaussiedlung Nettlenburg zusammenfanden: „Wenn die Polizei uns nicht so oft gegriffen hätte, wären die Skins nicht so groß geworden", erklärte ein Bomber nach Ramazan Avcis Tod. Zehn Monate zuvor hatte der Jugendbeauftragte der zuständigen Polizeidirektion, Herr Bohnet, vor dem Jugendausschuss der Bergedorfer Bezirksversammlung erklärt, die Skins seien unpolitisch, Prügeleien seien nun mal eine „allgemein übliche Handlungsweise von Jugendlichen", dass solle man nicht überbewerten, „eine zunehmende Radikalisierung könne von der Polizei nicht beobachtet werden". Das galt aber nur für die Skins. Gegen die sogenannten ausländischen Jugendbanden wurde repressiv vorgegangen.

Die Selbstorganisation von jugendlichen MigrantInnen, die neben Selbstbestätigung und Rumpossen auch ein Selbstschutz gegen die Naziskins war, war unerwünscht. Dass die Bomber von Jugendlichen unterschiedlichster Nationalität gebildet wurden, machte sie der Polizei nicht weniger suspekt. Die Gruppe konnte bei Nazialarm mithilfe befreundeter Jugendgangs bis zu 400 Leuten mobilisieren. „Einmal standen wir uns gegenüber", erklärte ein ‚Bomber' Anfang 1986 der taz: „Die Skins riefen immer ‚Ausländer raus' oder ‚Deutschland den Deutschen'. als wir dann anfingen mit ‚Deutschland den Ausländern' und ‚Nazis raus', da hat die Polizei uns angegriffen."

Gegen die 80 Jugendlichen der Bomber ermittelte fast zwei Jahre eine besondere Einsatzgruppe der Polizei, zur Observation wurde eine konspirative Wohnung angemietet, 29 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Naziskins aus Lohbrügge wurden derweil punktuell festgenommen, aber gegen sie wurde nicht systematisch ermittelt. So kam es, dass die vier Naziskins, die Ramazan angriffen, sofort als polizeibekannt bezeichnet wurden nach ihrer Festnahme. Wie üblich kamen sie nach Personalienfeststellung wieder frei. Erst, nachdem Ramazan Avci im Krankenhaus gestorben war, wurde Haftbefehl gegen sie erlassen.

Während viele MigrantInnen geschockt waren, überwog in Politik und Verwaltung die Verharmlosung. Hamburgs damaliger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, SPD, bedauerte den „tragischen Tod" Ramazan Avcis, ohne den Naziterror zu erwähnen. Peter Rabels, SPD, Staatsrat in der Innenbehörde der Stadt, erklärte, man dürfe den Skins nicht „die Ehre" eines politischen Hintergrundes zugestehen – sie seien keine Neonazis, sondern „Schläger und Radaubrüder". Als einsamer Rufer unter politischen Verantwortungsträgern widersprach ihm der damalige SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve, der mit einer antifaschistischen Argumentationsweise allein blieb. Das Muster für die Bagatellisierung von Nazi-skins war erfunden – alles igitt und Unterschicht, aber mit der staatlichen Ausgrenzungspolitik gegenüber MigrantInnen hat das nichts zu tun. In seiner Neujahrsansprache sprach Bundeskanzler Kohl eine Woche nach Ramazan Avcis Tod vom, „Stolz auf Deutschland, unsere Heimat, unser Vaterland, in dem es sich zu leben und zu arbeiten lohnt." Kohl lobte die Stärkung der „wirtschaftlichen und moralischen Kraft unseres Volkes". Zwei Wochen später fand in Hamburg die bis dahin größte antirassistische Demonstration der BRD statt. Vor 15.000 Teilnehmenden, deren Großteil auch die auf türkisch gehaltenen Reden problemlos verstand, erklärte Hakki Keskin: „Eine glaubwürdige und zukunftsorientierte Ausländerpolitik kann nicht mehr vom Verständnis ausgehen, wir, die Ausländer seien hier nur provisorisch. Sie muss vielmehr uns, die Einwanderer, als einen festen Bestandteil dieser Gesellschaft akzeptieren. Sie muss den Einwanderern die Wege zur Gleichstellung in allen Bereichen, und zwar zur praktizierten Gleichstellung, freimachen." Das Bündnis türkischer Einwanderer, wie sich der Zusammenschluss von vielen MigrantInnenvereinen, Organisationen und Moscheen nannte, der aus der Demonstrationsvorbereitung hervorging, hatte und hat dafür noch einen langen Weg vor sich. Aus dem Bündnis ging später die Türkische Gemeinde hervor.



Ramazan Avci

Nach dem Tod von Acvi begannen viele MigrantInnen, sich in antirassistischen Initiativen zu engagieren, vor allem während der rassistischen, massenhaften Gewalt der neunziger Jahre. Zwei von ihnen, sind Perihan Zeran, damals 18 Jahre alt, und Ünal Zeran, damals 14. Am 21. Dezember, dem Jahrestag des Angriffs Ramazan Acvi, veranstaltete eine von ihnen mitgegründete neue „Initiative zum Gedenken an Ramazan Avci" eine Gedenkkundgebung.

Als Symbol für eine offene Gesellschaft wurde bereits 1985 die Umbenennung des Bahnhofsplatzes, wo Ramazan Avci ins Koma geprügelt wurde, nach ihm gefordert. 25 Jahre später hat die neugegründete „Initiative zum Gedenken an Ramazan Avci" diese Forderung erneuert und am Jahrestag des Angriffes auf ihn eine Gedenkkundgebung durchgeführt, an der trotz klirrender Kälte 200 Leute teilnahmen – vor allem MigrantInnen von der Gedenkinitiative, Verwandte von Ramazan Avci, vom türkischen Konsulat. Und einige linke Deutsche, Aktive aus antirassistischen und Antifagruppen. Einziger prominenter Deutscher war Freimut Duve, fast wie vor 25 Jahren. Duve erklärte, es sei ihm ein Herzensanliegen dabei zu sein und einige Worte an die Menschen zu richten, was er auch tat. Er schilderte, dass ein Großteil seiner Familie im KZ umgebracht worden ist und Menschenrechte überall, auch in der Türkei bezüglich der Kurden, verteidigt werden müssten.

Eine aus der Türkei angereiste Nichte von Ramazan Avci schilderte sehr emotional die Erinnerung an ihren Onkel. Die Witwe Gülistan Avci, die Gedenkinitiative und viele weitere erinnerten in Redebeiträgen an Ramazan Avci und die weiteren Opfer nationalistischer deutscher Gewalt. Einige rassistische Angriffe wurden durch eine Theaterinitiave szenisch dargestellt. Aus der Sicht der Opfer schilderten sie, wie es zu dem Mord an ihnen kam. Anschließend wurden Kerzen angezündet und Blumen niedergelegt. In der türkischsprachigen Presse gab es über die Gedenkkundgebung zahlreiche Berichte. In der deutschsprachigen Tagespresse nicht. Ein paar Tage zuvor war ein Artikel in der taz hamburg erschienen. Der Autor war der einzige deutschsprachige Journalist, der an der Pressekonferenz der Türkischen Gemeinde Hamburgs teilnahm, auf der die Witwe Ramazan Avcis und sein Sohn an ihn erinnerten. Die „Initiative zum Gedenken an Ramazan Avci" wird trotz der Ignoranz weiterwirken – für einen Ramazan-Avci-Platz und eine Gedenktafel am S-Bahnhof Landwehr. Für den anlaufenden Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg werden derzeit Aktivitäten geplant.

Gaston Kirsche ■

Anfragen an die Initiative, die noch keine offizielle Adresse hat, kann ich weiterleiten: gaston@gruppe-bricolage.org

Wenn Burschenschaften feiern…

…möchte ein leitender Mitarbeiter des NDR auf Nazis nicht verzichten

Wie in jedem Wintersemester möchte die „Vereinigung Hamburger Akademikerverbände“ (VHA), ein Zusammenschluss von Hamburger Studentenverbindungen, ihren Verbändekommers feiern. Wegen der Beteiligung von rechten schlagenden Verbindungen aus dem „Hamburger Waffenring“ (HWR) gab es in den letzten Jahren immer wieder Proteste dagegen. 2009 wurden der VHA von der Handwerkskammer die Räumlichkeiten gekündigt und auch das ersatzweise angefragte Hotel Intercontinental lehnte dankend ab.[1] Die Feier musste komplett ausfallen, da die VHA ihrerseits nicht auf die Auslandung der umstrittenen Burschenschaft Germania verzichten wollte. Jetzt ist für Anfang 2011 wieder die gemeinsame Feier von Burschen und Alte Herren avisiert. Für

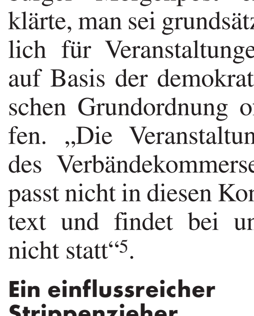


die Teilnahme von Neonazis aus den Reihen der Germania macht sich hinter den Kulissen Horst Szychowiak, ein ranghoher Mitarbeiter des Norddeutschen Rundfunks, stark.

Sollen Nazis mitfeiern?

Die Germanen aus der Sierichstraße sind selbst in korporierten Kreisen umstritten. Regelmäßig treten Redner in ihrem Haus auf, die auch vor NPD und anderen neofaschistischen Organisationen referieren. Das Hamburger Abendblatt titelte 2009 „Proteste gegen Treffen der Neonazis“ als StudentInnen gegen den Auftritt von NPD-Redner Björn Clemens im Germanenhaus mobil machten.[2] Im Sommersemester 2010 hielt Germanenbruder Andre Busch in dem Haus einen Vortrag zum Thema „Politischer Kampf in der Weimarer Republik.“[3] Busch hatte 2008 ein Buch über die so genannten Blutzeugen der NS-Bewegung, also die in der Weimarer Republik umgekommenen Straßenkämpfer der ersten Stunde, in einem einschlägigen Verlag veröffentlicht. Mit diesem Buch war Busch seit 2 Jahren auf Vortagstour, was ihm einen ausführlichen Artikel des Verfassungsschutzes einbrachte[4]. In den vergangenen Jahren gab es auch immer wieder Burschen der Germania, die zugleich bei der NPD oder anderen neofaschistischen Organisationen mitmischten.

Um unliebsamer Kritik zu entgehen, beschlossen die anderen Studentenverbindungen in den Jahren 2006 und 2008 die Germanen lieber vom gemeinsamen Verbändekommers auszuladen. Intern gab es darüber allerdings Streit in der VHA, was dazu führte, dass man 2009 lieber gänzlich auf die gemeinsame jährliche Feier verzichtete, als sich von der Germania zu distanzieren. Auf die jahrelang gebuchte Handwerkskammer musste man verzichten, weil deren Pressesprecherin Ina Diepold gegenüber der Hamburger Morgenpost erklärte, man sei grundsätzlich für Veranstaltungen auf Basis der demokratischen Grundordnung offen. „Die Veranstaltung des Verbändekommerses passt nicht in diesen Kontext und findet bei uns nicht statt“[5].





Ein einflussreicher Strippenzieher

Wenn die Germania ausgeladen wurde, dann blieb auch jedes Mal die schlagende „Landsmannschaft Mecklenburgia-Rostock“, Mitglied des HWR und des Dachverbandes Coburger Convent (CC) den Feiern aus „Solidarität“ fern. Denn Meckis und Germanen pflegen seit Jahrzehnten sehr freundschaftliche Beziehungen, schlagen gemeinsam Mensuren und sind sich nicht nur örtlich (ebenfalls in der Sierichstraße), sondern auch politisch ziemlich nahe. So verwundert es wenig, dass ein Alter Herr der Landsmannschaft sich innerhalb der Hamburger Studentenverbindungen für die erneute Teilnahme der Germanen stark macht. „Ich sehe keine Veranlassung, von dieser aus guten Gründen getroffenen Beschlussfassung abzuweichen“ schrieb Horst Szychowiak Ende Oktober an den Vorsitzenden der VHA Ernst Riechert, der den Festkommers organisiert sowie an führende Alte Herren aus Hamburg. „Es kann auch keine Lösung sein, Hamburger Germanen klammheimlich an der Veranstaltung teilnehmen zu lassen,“ dies sei den völkischen Burschen nicht zu zumuten.

Horst Szychowiak war lange Zeit oberster Alter Herr der Mecklenburgia[6], sorgte hier für einen strammen Rechtskurs und hat einigen Einfluss innerhalb der Hamburger Studentenverbindungen. Sein Einfluss wirkt allerdings auch außerhalb der Schmissträger, denn Szychowiak war nicht nur Bürgerschaftsabgeordneter für die CDU, sondern ist Anti-Korruptionsbeauftragter und Leiter der Revision beim Norddeutschen Rundfunk.[7] Diesen Sommer wurde Szychowiak dafür bekannt, dass er mit einem „Alsterkreis“ innerhalb der CDU schon vor der Aufkündigung der schwarz-grünen Koalition gegen die geplante Schulreform agitierte.

Braune Mecklenburgia

Während die Burschenschaft Germania mit ihren Nazi-Rednern bewusst regelmäßig provoziert, damit Aufmerksamkeit erlangt und darüber auch akademische Rechte anlockt, versteht es die Landsmannschaft Mecklenburgia geschickt im Hintergrund zu bleiben. Die Grenzen zur extremen Rechten sind allerdings auch bei dieser Verbindung fließend.

1993, Horst Szychowiak fungierte als Vorsitzender der Alten Herren, schrieb der Verfassungsschutz in einem vertraulichen Informationsbericht: „ Als zumindest rechtsextremistisch beeinflußt hat ebenso die ‚Landsmannschaft Mecklenburgia‘ zu gelten.“[8] Im selben Jahr sorgte ein anderer Alter Herr der Mecklenburgia für einen Eklat. Professor Dieter Wiebecke lobte bei einer öffentlichen Feier den „Opfergang der 6. Armee“ vor Stalingrad 1943 als Symbol für den „ethischen Wert ihrer beispiellosen Hingabe und Opferbereitschaft“ und empfahl die Nazi-Wehrmacht als Vorbild für die heutige Jugend.[9] Diese Worte waren selbst für Teile des Dachverbandes Coburger Convent zu viel, und führten zu heftigen internen Debatten. Horst Szychowiak allerdings schrieb dazu in den CC-Blättern, man lehne eine „Zensur der offiziellen Reden“ ebenso ab, wie einen „Katalog von zu vermeidenden Reizwörtern und -Themen“.[10] 1996 hatte dann Hanno B. die seltene Ehre, namentlich im Hamburger Verfassungsschutzbericht erwähnt zu werden. Er war zu diesem Zeitpunkt aktiver Bursche der Mecklenburgia und organisierte für den neurechten „Hamburger Kreis“ Veranstaltungen mit Verbindungsstudenten und Neonazis.

Seit Jahren tauchen im Veranstaltungsprogramm der Mecklenburgia immer wieder Referenten der sog. Neuen Rechten auf. Erst am 3. Dezember 2010 war Ex-Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof ins Haus der Meckis zum Vortrag „Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939“ mit anschließender Feuerzangenbowle geladen worden.[11] Der Ge-

schichtsrevisionist referierte und veröffentlichte ebenfalls für Organisationen und Medien, die vom Geheimdienst als rechtsextremistisch eingestuft werden.

Seit zwei Jahren finden zusätzlich rechte Veranstaltungen im Mecklenburgia-Haus unter dem Titel „Hamburger Freiheitsgespräche“[12] statt. Sie werden veranstaltet von einer „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e. V.“, laut Politikwissenschaftler Prof. Wolfgang Gessenharter ein „wichtiges Scharnier zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“.[13] Zu den Veranstaltungen im Haus von Szychowiaks schlagender Verbindung melden sich neben Korporierten auch Mitglieder von neofaschistischen Vereinigungen an, wie z. B. Björn J. Neumann, der aktuell für die NPD auf Platz zwei zur Bürgerschaftswahl in Hamburg antritt.

Während die Türen des Verbindungshauses nach rechts weit offen stehen, müssen andere Menschen draußen bleiben. Die Prinzipien der Verbindung gebieten, dass Frauen, Zivildienstleistende und „Ausländer in unserer Gemeinschaft nicht aufgenommen werden können,“[14] wobei der „lockere Umgang Deutschlands bei der Vergabe seiner Staatsangehörigkeit“[15] angemahnt wird. In diesen Kreisen gelten nämlich nach wie vor völkische Prinzipien, wenn es um das Nationenverständnis geht.

Dieses eindeutige Bekenntnis wird allerdings von der Mecklenburgia, ebenso wie die aufschlussreiche Referentenliste, seit ein paar Jahren nicht mehr öffentlich im Internet verbreitet. Dies wäre für Herrn Szychowiak und einige andere Alte Herren der Hansestadt dann wohl doch zu kompromittierend.

Felix Krebs ■

1 Siehe auch Ratgeber: „Rechtsextremisten nicht auf den Leim gehen“, herausgegeben vom Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DeHoGa) Hamburg, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg, Hamburg 2010
2 http://www.abendblatt.de/hamburg/article 144803/Proteste-gegen-Treffen-der-Neonazis.html
3 Bericht über die Veranstaltung liegt vor
4 http://www.hamburg.de/schlagzeilen/1352522/ blutzeugen-artikel.html
5 Hamburger Morgenpost 20.11.2009, nur Printversion
6 Altherren-Vereinigung der Landsmannschaft Mecklenburgia- Rostock, Vereinsregister Hamburg
7 http://www.ndr.de/unternehmen/organisation/ organisation/organisation135.pdf
8 Informationsbericht LfV Hamburg - Mai 1993 -VS-Vertraulich, S. 32
9 Die Zeit 11.6.1993 und Süddeutsche Zeitung 25.6.1993
10 Horst Szychowiak, Gemeinsame Zukunft des Coburger Convent, CC-Blätter 1/1994, S. 6ff
11 Einladung liegt vor
12 Diverse Einladungen liegen vor, zuletzt vom 6. 12. 2010
13 Andreas Speit, Kein Gastspiel für Professor Daschitschew, taz-nord 9.5.2008
14 http://www.mecklenburgia/archiv/freiheit_und _vaterland.htm, eingesehen am 19.12.2010
15 ebenda

Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz

Am 4. und 5. Februar treffen sie sich wieder in München – die NATO-Kriegsstrategen, Militärs, Waffenhändler und Politiker zur sog. Sicherheitskonferenz.

Auch die Kriegsgegner werden wieder da sein. Vielfältig, kreativ und zahlreich. Im Aufruf zur Demonstration am 5. Februar, der inzwischen von über 100 Organisationen und Einzelpersonen unterschrieben wurde, heißt es:

„Unsere Sicherheit wollen wir nicht Politikern und Militärstrategen überlassen, an deren Händen Blut klebt... ihnen geht es vor allem darum, die Wirtschafts- und Vorherrschaftsinteressen der USA und der EU-Staaten zu sichern. Mit Waffenexporten leisten sie Beihilfe zum weltweiten Morden.

Während sie über die Spielregeln ihrer Weltordnung beraten werden wir auf die Straße gehen und demonstrieren... für Frieden und Abrüstung und Bundeswehr raus aus Afghanistan.“

Die Demonstration wendet sich auch gegen die Lüge vom Truppenabzug aus Afghanistan. Weil eine überwiegende Mehrheit der Menschen in den NATO-Staaten den Krieg gegen Afghanistan ablehnt und weil selbst höchste US-Generale ihn für nicht gewinnbar halten, hat man sich bei den betreffenden Regierungen dafür entschieden, möglichst oft vom Truppenabzug zu reden.

Derweil wird der Krieg auf Pakistan ausgeweitet, die regulären Truppen und Söldnerarmeen aufgestockt und ein Bombenkrieg mit unbemannten Drohnen intensiviert, dem nach Schätzungen bisher 300 bis 500 unbeteiligte Zivilisten zum Opfer fielen (nach Phillip Schläger, New York in JW Nr. 253).

Tatsache ist: Seit Obama als US-Präsident im Amt ist, wurden die US-Truppen in Afghanistan nahezu verdoppelt.

Auch vom Abzug der Bundeswehr wird zwar geredet, aber die Bundestagsmehrheit verlängert von Mal zu Mal das Mandat für den Einsatz der Armee. Militärminister Guttenberg machte deutlich, dass sich eine Truppenreduzierung nicht an einem Datum, sondern an der Lage orientiere. Insofern sei „eine Jahreszahl natürlich immer daran zu messen, ob es auch verantwortbar geschehen kann“. Es sei wichtig, „dass eine Reduzierung der Truppen an Ergebnisse gebunden“ sei und dass „diese Ergebnisse auch belastbar erscheinen“. (Web-Seite des Bundesministeriums für Verteidigung). Es wird also von Abzug der Truppen geredet, um die Kriegsgegner zu beschwichtigen, aber der Krieg geht unvermindert weiter.

Deshalb heißt es im Aufruf zur Demonstration:

„Wir demonstrieren gegen Kriegstreiberei und militärische Machtpolitik. Gegen Nationalismus und Rassismus. Für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und die Beendigung aller Kriegseinsätze. Für Abrüstung statt weiteren Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe – Bundeswehr abschaffen. Für den Austritt Deutschlands aus der NATO – keine Beteiligung an den Militärstrukturen der EU!“

Kultur gegen den Krieg, bunte Demo und prominente Redner auf der Abschlusskundgebung

Während am Freitag, 4. Februar der Münchner OB traditionell die TeilnehmerInnen der NATO-Tagung willkommen heißt, findet an diesem Tag ab 15:00h auf dem Marienplatz eine Aktion der SDAJ unter dem Motto statt: „Wem gehört die Welt“, mit der deutlich werden soll, dass diese Welt nicht den Kriegsstrategen überlassen werden darf.

Ab 18:00 Uhr beginnt dann auf dem gleichen Platz die Veranstaltung „Kultur gegen den Krieg“ u.a. mit dem Kabarettisten Ecco Meineke und verschiedenen Kulturgruppen. Am Samstag, 5. Februar beginnt um 13:00 Uhr die große Demonstration vom Münchner Marienplatz. Die Demo wird den Tagungsort der sog. Sicherheitskonferenz weiträumig umkreisen und dann zur Abschlusskundgebung auf den Marienplatz zurückkehren.

Statt wie bisher eine Auftaktkundgebung wird es nach der Demo eine Abschlusskundgebung geben, auf der neben Tobias Pflüger und Sevim Dagdelen (MdB – Die Linke) auch Eugen Drewermann sprechen wird.

Mehr Infos unter www.sicherheitskonferenz. de, da kann man den Aufruf auch noch unterschreiben.

Internationale Münchner Friedenskonferenz

Als Gegenstück zur Kriegskonferenz der NATO findet vom 3. bis 6. Februar wieder eine große Friedenskonferenz statt, die von DFG/VK und verschiedenen Friedensgruppen und Einzelpersonen getragen wird.

An unterschiedlichen Veranstaltungsorten finden Veranstaltungen, Seminare und Diskussionsforen statt.

Die Themen: Marinerüstung und deutsche Machtpolitik – Anders Wirtschaften, ein Friedensfaktor – Ziviler Friedensdienst im Kriegsland Afghanistan – Was tun für eine atomwaffenfreie Welt.

Mehr Infos unter www.friedenskonferenz. info ■

Zunehmender Rassismus – wir können etwas dagegen tun

Vom 14. bis 27. März 2011 finden die diesjährigen Internationalen Wochen gegen Rassismus statt. Gemeinsam mit mehr als 60 bundesweiten Organisationen ruft der Interkulturelle Rat dazu auf, in den Internationalen Wochen gegen Rassismus Zeichen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen. In einer Erklärung des Interkulturellen Rats zu den Internationalen Wochen heißt es: „Die Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten ist europaweit auf dem Vormarsch. In Deutschland erntet ein rassistisches Buch Beifall aus der Mitte der Bevölkerung, in Frankreich werden aufenthaltsberechtigte Roma rechtswidrig deportiert, in den Niederlanden und in Schweden ziehen islamfeindliche Parteien in die Parlamente ein, in Ungarn erstarken antisemitische Bewegungen und vor den Küsten Italiens, Griechenlands und Maltas werden Flüchtlingsboote zum Kentern gebracht und die Menschen ihrem Schicksal überlassen.“ Ablehnende Haltungen gegenüber Minderheiten wie Muslimen oder auch Langzeitarbeitslosen nehmen gerade in besserverdienenden und bildungsnahen Schichten zu. Diese eher neuen Entwicklungen zeigt zum Beispiel eine aktuelle Studie, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegeben wurde. Es gibt aber auch zahlreiche beispielhafte und nachahmenswerte Projekte in den Bereichen Bildung, Arbeit, Sport und Kultur, die sich gegen Ausgrenzung und Rassismus engagieren. Nachzulesen sind deren Erfahrungen in einer 92seitigen Handreichung, die der Interkulturelle Rat zur Vorbereitung auf die Aktionswochen veröffentlicht hat. Die Handreichung enthält auch Daten und Fakten zu rassistisch motivierten Straf- und Gewalttaten sowie zu Asyl und Migration. Daneben wurden Unterrichtsmaterialen für Kindergarten und Schule erstellt. Beides kann bei der Geschäftsstelle des Interkulturellen Rats angefordert werden. Daneben gibt es Aktionsplakate, ein Informationsfaltblatt sowie Mobilisierungsmaterialien in sieben Sprachen.

Weitere Informationen unter: www.internationalewochen-gegen-rassismus.de
Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Januar 2011“ ■

Erste Lesung zum neuen Bleiberecht

Am Donnerstag, den 20.1.2011 um 15 Uhr, findet die erste Lesung zu der gesetzlichen Bleiberechtsregelung für “gut integrierte“ Jugendliche im Bundestag statt. Nachdem die Innenministerkonferenz und der Bundesrat eine solche Regelung bereits empfohlen haben, ist zeitnah mit einer Gesetzesänderung zu rechnen. Die Jugendlichen Ohne Grenzen, PRO ASYL, der Flüchtlingsrat Berlin und die Kampagne „SOS for Human Rights“ begrüßen den Vorschlag einer Neuregelung ohne Stichtag. Die vorgesehenen Ausschlussgründe sind jedoch inakzeptabel und bedeuten eine Weiterführung der jahrelangen Kettenduldungen:

Nicht akzeptabel ist die unklar formulierte Bedingung eines erfolgreichen Schulbesuchs der Kinder. Dieses Kriterium setzt Kinder unter einen enormen Druck nach dem Prinzip „Lern um dein Leben“. Kritikwürdig ist auch die vorgesehene Abschiebung der Eltern, wenn nach der Volljährigkeit der Kinder der

→

Kirchliche Absegnung des Kriegsterrors



Köln, 13.1.2011. Soldatengottesdienst im Kölner Dom: Mit der Predigt „Religionsfreiheit – der Weg zum Frieden“ schickte Feldkardinal Meisner die 1000 im Dom versammelten Soldaten in weltweite Kriegseinsätze. Sein katholischer Gott fordere angeblich diesen weltweiten Kriegsterror. Die Bundeswehr führt bekanntlich insbesondere dort für Meisners „Religionsfreiheit“ Kriegseinsätze, wo die deutschen Kapitalherren behaupten, dass ihre Wirtschaftsinteressen bedroht seien. Begeistert bis in die gegelten Haarspitzen hörte ihm Kriegsminister zu Guttenberg zu. Die Ministergattin hatte – im Gegensatz zum letzten Jahr – den anwesenden Domherren und den Soldaten diesmal nichts zu bieten, sie war nicht abkömmlich.

Gegen diese kirchliche Absegnung des weltweiten Kriegsterrors der Bundeswehr und der Nato-Armeen protestierten vor dem Dom 50 Kritikerinnen und Kritiker. Jugendliche wandten sich gegen die verstärkte Werbung der Bundeswehr an den Schulen und stellten sich vor einen Domeingang mit dem Transparent „Bundeswehr raus aus den Schulen“. Das Ergebnis von Meisners Predigt wurde symbolisch dargestellt: Leichen lagen auf dem Domplatz, bedeckt mit weißen Tüchern und blutigroter Farbe. „Soldatinnen und Soldaten: Raus aus der Bundeswehr!“ und „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ war auf Transparenten und Schildern zu lesen. Der Einsatzleiter der Polizei sah den Militärgeist in den Soldatenköpfen gefährdet und beschlagnahmte vorsichtshalber das Transparent „Selig sind, die Frieden stiften“.

gba ■



Lebensunterhalt der Eltern nicht gesichert ist. Jugendliche geraten in einen nicht zumutbaren Loyalitätskonflikt, wenn sie selbst bleiben dürfen, ihre Eltern jedoch nicht. Selbst wenn die Eltern keine Arbeit haben, erfüllen sie oft eine wichtige Funktion, etwa im Rahmen der Kleinkinderbetreuung zur Ermöglichung einer Berufstätigkeit ihrer volljährigen Kinder.

● Durch den geforderten sechsjährigen Schulbesuch und die Beschränkung auf Jugendliche im Alter von 15 bis 20 Jahren werden viele durchaus integrierte Jugendliche in der Kettenduldung gelassen. Wer beispielsweise in seiner Schulklasse integriert ist, jedoch unter 15 Jahre alt ist, ist weiterhin von der Abschiebung bedroht. Heranwachsende über 20 Jahren bleiben grundsätzlich ausgeschlossen. Schüler und Nachbarschaftsinitiativen werden daher weiterhin auf die Barrikaden gehen.

● Auch Menschen ohne Kinder müssen ein Bleiberecht erhalten können, wenn sie ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Derzeit leben bundesweit 86.000 aufenthaltsrechtlich „Geduldete“ in Angst vor der Abschiebung, mehr als die Hälfte davon seit über sechs Jahren. Die Regelung trägt im Übrigen nicht primär humanitären Charakter, sondern dient erklärtermaßen den Interessen der deutschen Rentenversicherung. „Dass sich für die hier lebenden Jugendlichen eine Perspektive bietet, war längst überfällig“, erklärt Mohammed Jouni von der Flüchtlingsjugendinitiative „Jugendliche Ohne Grenzen“, „aber eines ist auch ganz klar: Wir werden nicht akzeptieren, dass wir Jugendliche ein Bleiberecht bekommen, aber unsere Eltern abgeschoben werden sollen.

Wir sind Menschen und keine Wirtschaftsfaktoren!“ Zudem muss es auch für alte und kranke Menschen, die nicht für ihren Lebensunterhalt sorgen können, eine Perspektive hier in Deutschland geben.

Quelle: Pressemitteilung von PRO ASYL, Jugendliche ohne Grenzen, SOS for Human Rights und dem Flüchtlingsrat Berlin vom 19.1.2011 ■

Bamako-Dakar-Karawane: Turbulenter Start...



Die Bamako-Dakar-Karawane steht kurz vor ihrem Start. afrique/europe/interact.net berichtet:

Am 20. Januar hätte die erste 12er-Gruppe des europäischen Flügels von Afrique-Europe-Interact nach Mali fliegen sollen. Doch die Reise endete bereits in Paris auf der Polizeiwache (wo die Leute immer noch sind – neben 9 AktivistInnen unseres Netzwerks 11 weitere Personen – darunter drei Kleinkinder). Hintergrund ist, dass sie versucht haben, eine Abschiebung in Paris zu verhindern: Der sog. Abschübling saß geknebelt im Flugzeug, umringt von Polizei und versuchte sich seiner Abschiebung zu widersetzen. Darauf entschied der Pilot (der in solchen Fällen alleinige Entscheidungsgewalt hat), die widerständigen Fluggäste festnehmen zu lassen, anstatt die Abschiebung auszusetzen. Wir wissen noch nicht, was mit den Festgenommenen passiert, im Moment sind in Paris Leute Richtung Flughafen unterwegs. Klar ist indessen, dass diese Intervention der Karawane-Kasse erhebliche Zusatzkosten bescheren dürfte (mindestens 4.000 Euro für die ausgefallenen Flüge), insofern gilt auch diesbezüglich unser ohnehin drängender Spendenaufruf weiterhin...

Jährlich werden mehrere Hunderttausend Menschen aus der EU abgeschoben. Oftmals verliert sich die Spur der Abgeschobenen – gerade deshalb ist es politisch so wichtig, dass sich an der Karawane mehrheitlich Abgeschobene aus Mali (und anderen westafrikanischen Ländern) beteiligen.

Während der Karawane wird es auf unserer Webseite eine regelmäßige (blogartige) Berichterstattung geben – inklusive Bildern und, wenn es technisch klappt, Filmen: www.afrique-europe-interac.net

Die Karawane hat inzwischen prominente (Spenden-)Unterstützung erhalten: „Ein neues Europa, ein neues Afrika, neue Räume der Freiheit und Gleichheit, entwickelt in den Bewegungen und Kämpfen der Migration: dafür steht in meinen Augen die Buskarawane in Westafrika.“ Nicht nur Sandro Mezzadra, auch Antonio Negri, Corinna Milborn, Elias Bierdel, Sevim Dagdelen, Sister Fa, Wolf-Dieter Narr, Margareta Steinrücke, Ulrich Brand, John Holloway sowie weitere Personen aus Kunst, Wissenschaft etc. unterstützen die Karawane – ihre Statements findet ihr ebenfalls auf unserer Webseite: http://www.afrique-europe - interact.net/index.php?article_id=345 &clang=0

Ursprünglich sollten 50 Leute aus Europa an der Karawane teilnehmen, inzwischen haben sich auch 24 (Ex-)Sans Papiers aus Frankreich angeschlossen – die meisten von ihnen aus Mali.

Last but not least: Unsere 4-seitige Zeitung, die bereits am 24. Dezember mit der „taz“ ausgeliefert wurde, wird im Januar auch als Beilage der ak erscheinen. Readers welcome!

http://www.afrique-europe-interact.net ■

Aufruf des Flüchtlingsrats zur Landtagswahl 2011: Gemeinsam Ausgrenzung von Flüchtlingen beenden!

Baden-Württemberg. Die seit vielen Jahren andauernde Diskriminierung von Flüchtlingen durch Lagerunterbringung, durch Mangelversorgung bei Essen, Kleidung und Gesundheit, durch die Residenzpflicht und andere asylrechtliche Schikanen muss beendet werden. Gerade in Baden-Württemberg hat sich daran in den letzten Jahren – trotz stark rückläufiger Zugangszahlen im Vergleich zu den 1990er Jahren – fast nichts geändert.

Die Landtagswahl im März 2011 bietet die Chance, für eine humanere Asyl- und Flüchtlingspolitik zu stimmen. Von den im Landtag vertretenen Parteien und insbesondere von der neuen Landesregierung erwarten wir, dass die im Folgenden aufgeführten Forderungen erfüllt werden. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, starten der Flüchtlingsrat und die mit ihm verbundenen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen eine landesweite Kampagne mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen und Aktionen vor Ort. Gemeinsam setzen wir uns ein für*:

- Bessere Aufnahmebedingungen in der Landesaufnahmestelle Karlsruhe
- Bessere soziale Lebensbedingungen durch Abschaffung von Lagerunterbringung, Asylbewerberleistungsgesetz und Residenzpflicht
- Integration statt Ausgrenzung durch Aufhebung des Arbeitsverbots und Förderung der Teilnahme an Deutschkursen
- Beendigung der „Kettenduldungen“ durch eine faire Bleiberechtsregelung
- Großzügige Aufnahme von Flüchtlingen statt Abschottung der Grenzen
- Keine Abschiebung in Elend und Diskriminierung und die
- Abschaffung der Abschiebungshaft.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg sucht Unterstützer dieses Aufrufs zur Landtagswahl 2011.

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de.
Web: www.fluechtlingsrat-bw.de
**Diese Forderungen werden in einem ausführlichen Positionspapier konkretisiert.* ■

Europäisches Asylsystem muss grundlegend erneuert werden

Berlin. „Das europäische Asylsystem muss grundlegend erneuert werden“, fordert Ulla Jelpke. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE reagiert damit auf die Bestätigung des Bundesinnenministeriums in der Sitzung des Innenausschusses, dass Überstellungen

von Asylsuchenden nach Griechenland im Rahmen des Dublin-Systems für ein Jahr ausgesetzt werden sollen. Jelpke weiter: „Endlich reagiert die Bundesregierung auf die seit Jahren desolate Lage im griechischen Asylsystem. Asylsuchende finden dort keine menschenwürdigen Lebensbedingungen und kein faires Asylsystem vor. DIE LINKE forderte deshalb schon lange, Rückschiebungen nach Griechenland auszusetzen - bislang vergebens. Die Bundesregierung machte sogar gegen den Vorschlag der EU-Kommission mobil, die Dublin-Verordnung so zu ändern, dass in besonderen Fällen für ein halbes Jahr von Überstellungen abgesehen werden kann. Es wurde die Gefahr beschworen, dies erzeuge eine ‚falsche Anreizwirkung für illegale Migration' - so Staatssekretär Ole Schröder (CDU) noch im Dezember im Rat für Inneres der EU. Nun erklärt derselbe Staatssekretär auf einmal, die Zustände in Griechenland seien so inakzeptabel, dass die Zurückschiebungen für ein Jahr ausgesetzt werden müssten. Im Sinne der Betroffenen ist dieser Schritt natürlich begrüßenswert. Er behebt aber nicht das Grundübel des europäischen Asylsystems, die systematische Überlastung der Staaten an den Außengrenzen der EU. Dagegen hilft nur eine solidarische Verteilung der Asylsuchenden innerhalb der EU, die sich zugleich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert. Die Bundesregierung muss endlich ihre Blockade gegen eine solche Reform aufgeben."

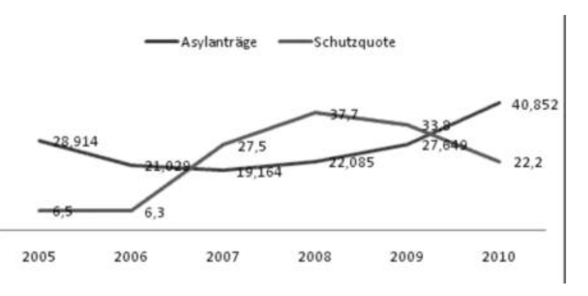
Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■

Asylstatistik 2010: Sinkende Schutzquote

Die von der Süddeutschen Zeitung vorab veröffentlichte Asylstatistik für das Jahr 2010 weist eine Zunahme der Asylantragszahlen auf 41.332 Fälle aus (2009: 27.649). Einer der wesentlichen Gründe für den seit Jahren erstmalig signifikanten Anstieg ist die Tatsache, dass sich die Situation in einigen Kriegs- und Krisenstaaten weiter verschärft hat, so z. B. im Iran, in Afghanistan, im Irak und in Somalia.

Dass Serbien und Mazedonien auf Platz 3 und 4 der Herkunftsstaaten stehen, verweist auf extreme Armut und fortdauernde Ausgrenzung, unter denen insbesondere Roma in diesen Staaten leiden. Viele hofften nach dem Wegfall der Visumspflicht, dem Elend entkommen zu können. Politischer Druck auf die Herkunftsländer hatte schärfere Ausreisekontrollen zur Folge, was sich im Ergebnis in einem Rückgang der Asylneuantragstellerzahlen im November und Dezember zeigte.

PRO ASYL kritisiert Äußerungen des Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, zur zunehmenden Dauer der Asylverfahren. Er hatte dies damit begründet, die Kapazität des Bundesamtes sei für rund 19.000 Asylsuchende ausgelegt und könne nicht kurzfristig aufgestockt werden. Natürlich muss das Bundesamt auf die gestiegenen Zahlen reagieren, damit die Verfahrensdauern, die sich bereits seit einiger Zeit ausweiten, nicht noch länger werden. Es stellt sich jetzt heraus, dass Schmidts Amtsvorgänger offenbar seine Personalplanung auf der Basis von Asylantragszahlen betrieben hat, die selbst in den langen Jahren ihres historischen Tiefstands immer über 19.000 lagen. Dem Bundesamt scheint eine Zunahme der Zahl der Asylsuchenden so undenkbar wie der Deutschen Bahn die Existenz des Winters. Ohne Personalreserve vernachlässigt das Bundesamt zwangsläufig eine seiner Kernaufgaben.



Nachdem das Bundesamt seit Jahren seine Kapazitäten im Integrationsbereich erhöht und die Sachbearbeiter für Asylverfahren reduziert hat, darf man gespannt sein, welche anderen Lösungen der Bundesamtschef parat hält. Zu Lasten der Asylsuchenden dürfen sie jedenfalls nicht gehen. Die in früheren Jahren gängige Praxis, das Arbeitspensum der Asylsachbearbeiter einfach heraufzusetzen und damit die Qualität der Entscheidungen in Frage zu stellen, wäre inakzeptabel.

Die Statistik 2010 legt auch nahe, dass zwischen Zugangszahlen und Anerkennungsquoten ein Zusammenhang zu bestehen scheint. War bis vor einiger Zeit – bei einem niedrigen Niveau der Zahlen von Asylneuantragstellungen – die Entscheidungspraxis relativ generös, so begannen die Anerkennungsquoten bereits im Jahr 2010 signifikant zu sinken. Den Trend wird auch die offiziell noch immer ausstehende Bundesamtsstatistik belegen. Bis Ende November 2010 war die Schutzquote (=Summe aller positiven Entscheidungen) bei 22,2 Prozent und dies hat keineswegs nur mit den schlechten Chancen von serbischen und mazedonischen Asylantragstellern zu tun. Auch irakische und afghanische Asylsuchende hatten wesentlich geringere Chancen auf eine positive Entscheidung als im Vorjahr. *Quelle: Presseerklärung proasyl 17. Januar 2011* ■

LINKE lehnt elektronische Aufenthaltstitel für EU-Ausländer ab

Berlin, 20.1.2011: Aufgrund einer EU-Verordnung soll in Deutschland eine Chipkarte für Ausländer von außerhalb der EU eingeführt werden, die dann als Ausweisdokument dient und den Aufenthaltsstatus angibt. Diese Karte ist mit hohen Kosten für Betroffene und die ausstellenden Kommunen verbunden. Die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels ist außerdem sicherheitspolitisch überflüssig. Im Gegenteil schafft die Erfassung und Digitalisierung der persönlichen Daten, besonders der biometrischen Daten, neue Sicherheitslücken und Begehrlichkeiten der Sicherheitsbehörden. Die digitale Erfassung ganzer Familien aufgrund ihres Aufenthaltsstatus und ihrer Herkunft von außerhalb der EU ist diskriminierend und integrationspolitisch verheerend. Wir dokumentieren dazu die Rede von Ulla Jelpke im Bundestag:

„Wir debattieren heute abschließend über die Einführung eines elektronischen Aufenthaltstitels für Bürgerinnen und Bürger, die aus Staaten außerhalb der EU kommen und in Deutschland einen befristeten oder unbefristeten Aufenthaltstitel besitzen. Sie sollen in Zukunft eine Karte mit maschinenlesbarem Chip erhalten, der alle ihre persönlichen Daten, ein digitalisiertes Foto und die Fingerabdrücke enthält. Die Koalition ist eine Antwort auf die Frage schuldig geblieben, ob die Einführung dieses elektronischen Aufenthaltstitels angesichts des enormen technischen Aufwandes und der damit verbundenen Kosten wirklich notwendig ist.

Ich will noch einmal auf die wesentlichen Bedenken der Linksfraktion zur Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels eingehen.

Wie bei der Einführung des elektronischen Personalausweises und des elektronischen Reisepasses, mitsamt der digitalisierten Erfassung von Bildern und Fingerabdrücken, bezweifeln wir die sicherheitspolitische Notwendigkeit des elektronischen Aufenthaltstitels. Weder in der zugrunde liegenden EU-Verordnung noch im Gesetzentwurf der Bundesregierung wird substanziell dargelegt, welche Sicherheitslücken bisher bestanden haben oder welchen quantitativen Umfang Fälschungen und Verfälschungen von EU-Aufenthaltstiteln aufgewiesen haben. Man hat den Eindruck, es ist wie bei vielen aktuellen sicherheitspolitischen Forderungen: eine reale Gefahr besteht nicht,

aber ein von den Sicherheitsbehörden und zahlreichen profitierenden Unternehmen entworfenes Szenario. Gehandelt wird nicht auf Basis der realen Gefahrenlage, sondern aufgrund der entworfenen Szenarien. Diese Politik lehnen wir ganz grundsätzlich ab.

Die Ablehnung resultiert auch aus den Risiken und Gefahren der elektronischen Erfassung sensibler persönlicher Daten. Wo Daten erfasst und verarbeitet werden, entsteht auch immer die Gefahr von Sicherheitslücken bei der Übermittlung und des Datendiebstahls. Auch die Karten selbst sind für jeden auslesbar, der über die entsprechenden technischen Mittel verfügt. Es werden aber auch weitere Begehrlichkeiten bei den staatlichen Behörden selbst geweckt: wenn doch ohnehin Passbilder und Fingerabdrücke digital erfasst werden, warum diese dann nicht speichern? Ich sage Ihnen, wir werden eines Tages hier stehen und darüber debattieren, welche dieser biometrischen Daten von den kommunalen Behörden oder sogar dem Ausländerzentralregister dauerhaft gespeichert und den Sicherheitsbehörden zugänglich gemacht werden sollen!

Schließlich lehnen wir den Gesetzentwurf auch wegen des diskriminierenden Charakters ab, alle Menschen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates besitzen und zum Teil ja dauerhaft in Deutschland leben, zur Abgabe ihrer Fingerabdrücke zu zwingen. Ich will darauf hinweisen, dass davon ja nicht nur Erwachsene betroffen sind. Kinder ab dem sechsten Lebensjahr sollen ihre Fotos und Fingerabdrücke ebenfalls digital erfassen lassen.

Es ist schlicht skandalös, hier eine erkennungsdienstliche Behandlung von Kindern durchführen zu wollen. Das sicherheitspolitische Argument ist an dieser Stelle nicht einfach zweifelhaft, sondern geradezu absurd. Das Signal, dass von diesem Vorgang an die Kinder und Jugendlichen ausgesandt wird, ist integrationspolitisch verheerend.

Und auch die Kostenfrage muss ich hier noch einmal ansprechen: Hier sind vor allem die betroffenen Ausländer die Leidtragenden, denn sie haben die immens hohen Unkosten dieser Ausweiskarte zu tragen. Statt bislang bis zu 200 Euro, zahlen sie für eine Niederlassungserlaubnis bis zu 260 Euro, bei einer Aufenthaltserlaubnis werden zukünftig 140 statt 80 Euro fällig. Schon allein die Produktionskosten liegen weit oberhalb der derzeitigen Kosten:

Bislang erhielten Ausländer einen Aufkleber in ihren Pass, aus dem der Aufenthaltstitel hervorging. Diese Aufkleber kosteten in der Produktion 78 Cent. Die elektronische Karte kostet in der Produktion 30 Euro. Hinzu kommt der deutlich gestiegene Aufwand bei den Behörden: sie müssen nun eine neue technische Infrastruktur für die digitale Erfassung der Passfotos und der Fingerabdrücke und die Weiterverarbeitung der Daten bereit halten. Die tatsächlich entstehenden Kosten können noch gar nicht exakt eingeschätzt werden.

Noch einmal kurz zusammengefasst: Die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels ist sicherheitspolitisch überflüssig. Sie ist eine Belastung der kommunalen Verwaltung. Sie kommt die Kommunen und vor allem die Betroffenen teuer zu stehen. Die Erfassung und Digitalisierung der persönlichen Daten, besonders der biometrischen Daten, schafft neue Sicherheitslücken und Begehrlichkeiten der Sicherheitsbehörden. Die digitale Erfassung ganzer Familien aufgrund ihres Aufenthaltsstatus und ihrer Herkunft von außerhalb der EU ist diskriminierend und integrationspolitisch verheerend. DIE LINKE lehnt diesen Gesetzentwurf daher ab.“ ■

:neuerscheinungen, ankündigungen

Heinrich Buchholz: „Na, Lütten?“

Briefe aus dem Konzentrationslager und Zuchthaus 1933 bis1937 – Bremer Buch-Premiere am 7. Februar 2011

Heinrich Buchholz (1895-1953), für die KPD in Bremen-Walle im Widerstand gegen das NS-Regime, tritt uns in seinen Briefen aus dem KZ und Zuchthaus als ein dem Leben zugewandter und heiter gelassener Mensch entgegen. Der anrührend, doch nie sentimental wirkende, in hoch- und niederdeutsch verfasste Briefwechsel ist getragen von der Liebe zu seiner Frau und Tochter Lore – und zeigt, dass es das auch gab: NS-Gegner, denen es kraft ihres Glaubens an sich selbst und des Vertrauens in den unmittelbaren Nächsten gelungen ist, ihre Menschlichkeit zu bewahren und trotz aller Drangsalierungen in eine bessere Zeit hinüberzuretten. Was auf den ersten Blick einem kleinen Wunder gleicht, erschließt sich dem Leser, je mehr er sich auf die miteinander korrespondierenden Personen, ihre Sorgen und Nöte, aber auch ihre Freude an Mitteilungen, Zeichnungen und liebevollen Bemerkungen einlässt. Eine außergewöhnliche Dokumentation über Verfolgte des NS-Regimes, die ihre Kinder bewusst im Geist der Versöhnung und des Friedens erzogen haben. Zugleich eine zeitlose Mahnung daran, es nie wieder zuzulassen, dass Menschen aus politischen, religiösen oder „rassischen“ Gründen ausgegrenzt werden.

Die Herausgeberin: Lore Buchholz, 1927 in Bremen geboren, besuchte die Lehrerinnenbildungsanstalt. 1950 schloss sie ihre Ausbildung zur Volkspflegerin ab. Von 1966 bis 1987 war sie als Sozialarbeiterin bei der Familienhilfe in Osterholz-Scharmbeck tätig und ging danach in den Ruhestand. Sie lebt heute in Bremen-Blumenthal.



Am Montag, 7.2.2011 um 19.30 Uhr in der Buchhandlung Franz Leuwer, Am Wall 171, Bremen wird das Buch vorgestellt. Begrüßung: Klaus Plückebaum. Einführung: Heinrich Hannover. Dr. Reinhard Goltz vom Institut für niederdeutsche Sprache spricht über das vom Autor verwendete Platt und dessen Funktion. Dazu werden Lieder aus dem Widerstand und der Arbeiterbewegung vorgetragen.

Veranstaltet im Rahmen der Bremer Buch-Premiere von der Stadtbibliothek Bremen, dem Bremer Literaturkontor und dem Donat Verlag. In Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Initiative – Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik e.V. - Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bremen und dem Landesverband Bremen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.

Weitere Informationen
Donat Verlag
E-Mail: info@donat-verlag.de
Website: www.donat-verlag.de

Heinrich Buchholz: „Na, Lütten?“ – Briefe aus dem Konzentrationslager und Zuchthaus 1933-1937. Herausgegeben von Lore Buchholz unter Mitwirkung von Helmut Donat. Mit einem Geleitwort von Heinrich Hannover. Ausgabe in Nieder- und Hochdeutsch. 192 Seiten, 116 Abbildungen, Hardcover, 16.80 Euro, ISBN 978-3-938275-65-8 ■

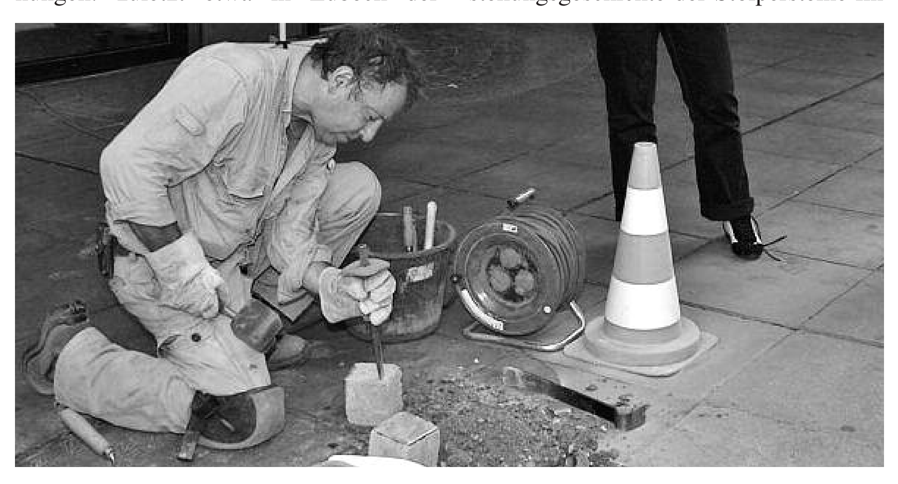
Gunter Demnig erhält die Otto-Hirsch-Medaille 2011

Stuttgart. Am 24. Januar 2011 wird mit einem Festakt im Stuttgarter Rathaus die Otto-Hirsch-Medaille an Gunter Demnig verliehen. Die Stuttgarter Stolperstein-Initiativen betrachten diese Würdigung auch als Anerkennung ihrer eigenen Arbeit.

Für Gunter Demnig (es gibt übrigens kaum Fotos, die ihn anders als kniend zeigen) ist das der erste Preis, den er im Jahre 2011 entgegennimmt. Vorangegangen waren zahlreiche andere Auszeichnungen: zuletzt etwa in Lübeck der Erich-Mühsam- Preis oder z. B. im Jahre 2009 die Josef Neuberger Medaille der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf (die übrigens im Jahr davor an Angela Merkel verliehen worden war); bereits im Jahr 2005 hatte er aus der Hand von Ernst Köhler den Bundesverdienstorden entgegengenommen – nach dem Max-Brauer-Preis der Alfred Toepfer Stiftung, Hamburg, der Herbert-Wehner-Medaille der Gewerkschaft Verdi oder dem German Jewish History Award der Obermayer Foundation – um nur einige zu nennen.

Zu Beginn seiner Aktionen – seine Spur der Erinnerung an die Deportation der Kölner Sinti und Roma im Jahr 1990 kann vielleicht als Initial der Stolperstein-Aktionen bezeichnet werden – erschien eine solche öffentliche Unterstützung als kaum denkbar. Seine ersten Stolperstein-Verlegungen in Köln und Berlin-Kreuzberg (1993) waren illegale Aktionen, die erst später legalisiert wurden. Erst im Jahr 2000 gab es die ersten behördlichen Genehmigungen für sein Projekt.

Mehr zu seiner Biografie und zur Entstehungsgeschichte der Stolpersteine finden Sie auf Gunter Demnigs eigener Seite www.stolpersteine.com.



Stolpersteine in Stuttgart

Ebenfalls in den 90er-Jahren führten im Stuttgarter Osten interessierte Menschen aus verschiedenen Zusammenhängen eine mühevolle Auseinandersetzung mit Mitgliedern des Bezirksbeirats um eine adäquate Gedenkkultur in ihrem Stadtteil.

Ihre ehrenamtlich geleistete Forschungsarbeit über ehemalige Bewohner des Stadtteils hielten sie unter anderem in der Broschüre „Der jüdische Frisör" fest. Bei ihrer Suche nach Möglichkeiten, die Schicksale der NS-Opfer im öffentlichen Raum sichtbar zu machen, stießen sie schließlich auf Gunter Demnig. Dieses Zusammentreffen war für alle Beteiligten elektrisierend: In kurzer Zeit verbreitete sich Demnigs Idee im Stadtgebiet, nachdem er mit Unterstützung dieser „Pioniere" im Stuttgarter Osten die ersten Stolpersteine verlegt hatte. Es bildeten sich die ersten Stadtteilinitiativen, die inzwischen – weit über die reine Vorbereitung der Verlegungen hinaus – wertvolle Arbeit für das historische Gewissen ihrer Stadt leisten.

In der Tat: Gunter Demnigs Kunstprojekt ist zu einer „sozialen Skulptur" geworden, die vielfältige Wirkungen im öffentlichen Raum auslöst. Dennoch – und das ist der Grund, weshalb Gunter Demnig all diese Preise wirklich verdient! – ist dieses Projekt kein „Selbstläufer": es ist der unermüdliche sehr persönliche Einsatz Gunter Demnigs, der es ausmacht. Die Stuttgarter Stolperstein-Initiativen freuen sich darüber, dass dies von den Juroren der Otto-Hirsch-Medaille erkannt wurde.

Seit 1985 – dem 100sten Geburtstag des ehemaligen Ministerialrats im württembergischen Innenministerium – wird diese Medaille jedes Jahr an einen Menschen verliehen, der sich in herausragender Weise um die christlich-jüdische Zusammenarbeit bemüht hat. Sie wird gestiftet von der Stadt Stuttgart gemeinsam mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Stuttgart (CJZG) und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW).

Otto Hirsch war 1933 wegen seines jüdischen Glaubens entlassen und schließlich am 19. Juni 1941 in Mauthausen ermordet worden. Seit dem vergangenen Jahr erinnern Im Gähkopf 33 in Stuttgart-Nord zwei Stolpersteine an Otto Hirsch und seine Frau Martha.

http://www.stolpersteine-stuttgart.de/index. php?docid=605 ■

stolperstein-buch wieder erhältlich

Aus dem Anlass der Verleihung wird das lange vergriffene Buch „Stuttgarter Stolpersteine – Spuren vergessener Nachbarn – Ein Kunstprojekt füllt Gedächtnislücken" wieder verfügbar sein. Es erscheint am 20. Januar 2011 in 3. Auflage. Sie können das Buch direkt über die Website der Stolpersteininitiativen bestellen. Oder Sie bestellen per Email: buchbestellung@stolpersteine-stuttgart.de. Bitte vergessen Sie hierbei nicht die Adresse, an die geliefert werden soll. Geliefert wird versandkostenfrei zum Preis von 16,90 Euro/pro Buch. Mit Ihrer Bestellung unterstützen Sie die Arbeit der Stuttgarter Stolperstein- Initiativen.

Harald Stingele ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Der Türke" als Gefahr

„Ankaras Angriff – Türkische Großmachtziele in Europa und im Orient" lautet das Titelthema der Januarausgabe des „deutschen Nachrichtenmagazins" Zuerst!. Passend illustriert wurde der reißerische Aufmacher mit dem Bild einer (nicht sehr großen) türkischen Demonstration vor dem Brandenburger Tor. Das gesamte untere Drittel der Abbildung wird von einer riesigen türkischen Nationalflagge ausgefüllt, deren leuchtendes Rot dem Betrachter türkische Aggressivität suggerieren soll. Mit „Ankaras Angriff" ist auch der Hauptartikel von Chefredakteur GÜNTHER DESCHNER und BERNHARD RADTKE zum Thema überschrieben, der so beginnt: „Die Türkei fühlt sich stark. Ministerpräsident Erdogan sieht in den Millionen Türken in Deutschland seine fünfte Kolonne marschieren, im Osten verfolgt er einen neo-osmanischen Traum".

Die Behauptung, die türkischen Migranten (mit oder ohne deutschen Pass) seinen lediglich der verlängerte Arm einer Regierung mit großtürkisch-imperialen Plänen zieht sich wie ein roter Faden durch den Beitrag: „Bei allem, was sich seit Beginn des türkischen Bevölkerungstransfers und des Beitrittstechtelmechtels mit der EU geändert haben mag, ist eines doch konstant geblieben: Von Anfang an und bis heute hat noch jede türkische Regierung versucht, das ‚Türkentum' der Auslandstürken zu erhalten und die Bindungen der Emigranten an ihr Herkunftsland zu stärken. Neben der nationalen Solidarität ging es dabei natürlich auch um die Milliardensummen, die die Gastarbeiter nach Hause überwiesen und die lange Zeit zur dringend benötigten Stütze der türkischen Wirtschaft wurden. ‚Fabelhaft', so formulierte das kürzlich ein aufgebrachter ‚Blogger' überspitzt in Bild-online, ‚die Türkei schickt ihre ungebildeten Massen nach Deutschland. Hier erhalten sie Sozialhilfe, bleiben aber Vasallen Ankaras und versuchen, hier türkische Interessen durchzusetzen. Das ist einfach perfekt für die Türkei. Deutschland wirkt als Sozialsystem für das Land, und Ankara unterhält hier eine Art fünfter Kolonne'". Wie schön, wenn man das, was man selber propagiert, als „überspitzte" Meinung eines anonymen Bloggers ausgeben kann.

Nach genau der gleichen Technik funktioniert ein Interview mit HAGOP PAKRADOUNIAN, einem Abgeordneten des libanesischen Parlaments und „Chef der libanesischen Sektion der ‚Armenischen Revolutionären Föderation', der einflußreichsten armenischen Partei außerhalb Armeniens". Da die genannte Partei Mitglied der sozialdemokratischen „Sozialistischen Internationale" ist, steht sie nicht im Verdacht, rassistische Ziele zu vertreten und kann somit als neutraler Zeuge der Anklage dienen: „Die Türkei, das ist vor allem Anatolien, das sind die Gebiete jenseits der Touristenhochburgen. Das sind ärmliche, miserable Gegenden. Gerade dort hängt man den Ideen eines neuen Machtstaates an und gerade dort blüht die Idee eines pantürkischen Großstaates. Dort findet man die wirklichen Türken. Sie fühlen sich als die Erben des Osmanischen Reiches. Der Westen sollte nicht glauben, daß sich die Türken ändern werden".

Der türkische Mensch als politisches Werkzeug seiner nationalitischen Regierung – in diesem Tenor geht es weiter, wobei der anonyme Interviewer (es dürfte sich dabei wahrscheinlich um MANUEL OCHSENREITER handeln) dem libanesischen Politiker als Stichwortgeber dient. So fragt er: „In der Bundesrepublik Deutschland leben derzeit nach offiziellen Angaben 3,5 Millionen Türken, die tatsächliche Zahl dürfte höher liegen. Die Einwanderung findet mittlerweile über die Kreissäle statt und nicht mehr über die Grenzen" und bekommt natürlich die gewünschte Antwort. „Ich bin davon überzeugt, daß sich diese türkische Präsenz in Europa sehr negativ auswirkt. Die Europäer und vor allem die Deutschen sollten sich der Gefahr bewußt werden, die ihnen droht". Der Türke als politische Gefahr – das ist die Botschaft, die Zuerst! vermitteln will. Und gegen eine Gefahr muss man sich wehren. Antitürkische und antimuslimische Aktivitäten sind damit nicht nur gerechtfertigt sondern sogar notwendig.

Dabei lässt Pakradounian kaum ein antitürkisches Stereotyp aus: „Es geht hier wieder einmal nur darum, den deutschen Staat dafür zu nutzen, daß die Türken mächtiger werden.... Die Türken wollen sich offensichtlich weder assimilieren, noch sonstwie anpassen. Es ist, wie ich Ihnen bereits sagte. Sie leben den alten osmanischen Traum von Macht und Einfluß – auch in Europa. Und dieser Traum scheint für viele greifbar nahe.... Die alten Osmanen scheiterten zweimal militärisch vor den Toren Wiens – heute sind sie überall in Europa, vor allem in Deutschland. Die Europäer und Deutschen sollten sich das immer wieder vor Augen führen.... Sie (die Türken – tri) verfolgen ihre eigene Agenda in Europa. Sie wollen mehr Rechte und keinerlei Pflichten. In ihrer Geschichte haben die Türken stets nur von anderen genommen und nichts gegeben. Und dabei inszenieren sie sich selbst gerne als Opfer von Diskriminierung. Doch das hat nichts mit der Realität zu tun.... Sie (die Deutschen – tri) sollten daher nicht akzeptieren, daß die Türken einfach so ein Teil der deutschen Nation werden".

Das „Gründungskapital" von „Zuerst!" bildeten die Abonnent(inn)en der altfaschistischen Zeitschrift „Nation & Europa", eine Gruppe, für die NS-Apologetik immer eine wesentliche Rolle spielte. Vermutlich für diese Lesergruppe dürfte der Beitrag „Tapfer und anständig" von XAVER MADER verfasst worden sein. Interessant ist dabei allerdings, wie offen die Rehabilitation der Nazi-Wehrmacht als Voraussetzung der Remilitarisierung der Bundesrepublik beschrieben wird: „Adenauers Kalkül war klar: Sollte die Wiederbewaffnung an der Seite der Alliierten überhaupt eine Chance auf Erfolg haben, mußten die Kriegsgegner von gestern den Besiegten moralisch entgegen kommen. Eine entsprechende Forderung enthielt bereits die sogenannte ‚Himmeroder Erklärung' – das Protokoll einer hochgeheimen Besprechung ehemaliger Wehrmachtoffiziere und Militärexperten, die im Oktober 1950 mit Billigung der Alliierten im Eifelkloster Himmerod stattfand. Die Teilnehmer des Treffens waren sich darin einig, daß es vor allen weitergehenden Planungen über eine künftige westdeutsche Armee eine Rehabilitierung der Wehrmacht geben mußte – und zwar seitens der Bundesregierung ebenso wie seitens der Alliierten". Das hatten bisher nur Gegner der Wiederaufrüstung so klar dargestellt. *tri* ■